Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 226 — Freitag, den 26. September 1930 — 5. Jahrgang

Klub der Harmlosen.

Die Leipziger Richter glauben Hitler. — Der Vertreter des Reiches verläßt den Gerichtssaal.

Leipzig, 25. September. (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag nachmittag um ½6 Uhr beschwörte Hitler im Leipziger Verschwörerprozeß die Legalität seiner politischen Absichten. Im nächsten Augenblick verließ der Vertreter des Reichsinnenministeriums den Saal. Der Vertreter der deutschen Republik glaubt nicht an Herrn Hitler. Der Vertreter der deutschen Republik fühlt sich vom obersten deutschen Gericht brüskiert.

*

Nur gelegentlich ist am Donnerstag von den Angeklagten und ihrer Tat die Rede. Nur gelegentlich wird unmittelbar zum Beweisthema des Prozesses gesprochen:

wer hat die Reisen der Angeklagten finanziert,

in welchem Zusammenhang standen diese Reisen mit den Ergebnissen der Münchener Besprechung, was ist in München eigentlich gesagt worden? Die Angeklagten behaupten, die Reisen von ihrem eigenen Geld bezahlt zu haben; aber was sich in München tatsächlich abgespielt hat, das wird aus ihren Aussagen nicht ganz klar. In einem unbedachten Moment behauptet Ludien, daß der Schriftleiter Weiß vom „Völkischen Beobachter" ihn mit den Worten verabschiedet habe:

„Dann sehen sie mal zu, was sie in der Reichswehr machen können";

diese Behauptung deckt sich auch mit den in der Voruntersuchung gemachten Angaben, durch die die Absicht, in der Reichswehr für die Nationalsozialisten zu werben, zugegeben worden ist. Wie Ludien merkt, was er mit dieser Bestätigung der Voruntersuchungsaussage angerichtet hat, widerruft er schnell alles, behauptet sich in der Voruntersuchung falsch und heute ungenau ausgedrückt zu haben. Ludiens Verteidiger, Rechtsanwalt Sack, versucht den schlechten Eindruck des merkwürdigen Zwischenspiels zu vermischen, indem er noch einmal die nationalsozialistischen Zeugen Weiß, Wagner und Pfeffer aufrufen und ausfagen läßt — die Herren wollen nichts gesagt haben, es scheint so, daß sie Ludien, was sie höhere Politik nennen, fallen lassen wollen. Und Ludien sieht jetzt wohl ein, daß er allein auf weiter Flur steht, wenn er ganz ehrlich ist. Betrübt setzt er sich auf seinen Platz zurück.

Der Sensationszeuge.

Wen könnte über Herrn Hitler, den Sensationszeugen des Tages, ein medizinisches Gutachten interessieren? Wie dieser Mann, der die Verworrenheit zum Symbol seiner Bewegung und die Plattheit zum Prinzip seiner Reden erhoben hat, so viel Popularität, ja sogar Verehrung genießen kann, erscheint umso seltsamer, je öfter man ihn hört. Mit seiner Leipziger Rede hat Hitler nachweislich

seine gesamte Vergangenheit verleugnet und abgeschworen.

Keine Revolution mehr? Kein gewaltsamer Umsturz mehr? Kein Putsch? Kein Marsch nach Berlin? Wie enttäuscht müssen die Anhänger des großen Adolf sein, deren ständiges Gebet im Wesen lautet: unser täglich Brot gib uns heute!

Angenehm sticht gegen das Pathos Hitlers, gegen dessen Theatralik der Vorsitzende wiederholt rügend einschreitet, die Sachlichkeit des von der Oberreichsanwaltschaft als Gegenzeugen geladenen Staatssekretärs Zweigert vom Reichsinnenministerium ab. Staatssekretär Zweigert soll darüber vernommen werden, wie weit Tatsachenmaterial vorhanden ist, das die umstürzlerischen Absichten der Nationalsozialisten beweist.

Staatssekretär Zweigert

führt aus: „Das Reichsministerium des Innern ist im Besitz von umfangreichem Material, aus dem sich nach seiner Ansicht ergibt, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

schon seit Jahren umstürzlerische Ziele verfolgt.

Das Material ist niedergelegt in einer Denkschrift des Reichsministeriums des Innern, die eine Uebersicht über die Entwicklung der Partei und eine Zusammenstellung von Aeußerungen ihrer Führer enthält. Die Denkschrift ist von dem Reichsminister des Inneren dem Oberreichsanwalt zu der beim Reichsgericht schwebenden Untersuchungssache gegen Dr. Goebbels eingereicht. Das Material ist ferner vorgebracht in dem Rechtsstreit, der zwischen dem Reich und Thüringen vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anhängig ist. Wenn der hohe Senat eine Feststellung, ob die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei umstürzlerische Ziele verfolgt, im Rahmen des jetzigen Verfahrens für geboten erachtet, dann muß ich anheimstellen, das von mir bezeichnete Material heranzuziehen und zum Gegenstand der Verhandlung zu machen.

Das Reichsministerium des Innern hat Material dafür, daß der Führer der NSDAP., Adolf Hitler, vor dem sogenannten Hitler-Putsch gegenüber zuständigen bayerischen Stellen Loyalitätserklärungen in seinem Sinne abgab, daß er keinen Putsch machen werde; er hat dies auch ehrenwörtlich versprochen. Trotzdem hat Hitler am 9. November 1923 den bekannten Putsch in München ins Werk gesetzt, weswegen er vom Volksgericht in München zu fünf Jahren Festung verurteilt worden ist. Das Material hierüber steht zur Verfügung."

Der Vorsitzende hält Zweigert vor, daß Hitler gesagt habe, dieser Putsch wäre gegen seine Absicht gewesen. Wenn in gewissen Schriften von einer Revolution gesprochen worden wäre, dann wäre, nach den Aussagen Hitlers, immer nur von einer geistigen Revolution die Rede gewesen. Hitler habe erklärt, sagt der Vorsitzende weiter, daß er eine illegale Betätigung zur Erreichung seiner Ziele verpöne.

Staatssekretär Dr. Zweigert verwahrt sich dagegen, daß zum Beweise der Unrichtigkeit der Behauptung des Reichsministeriums des Innern die Aussage des Führers der Bewegung allein genüge. Allerdings hätten prominente Führer der NSDAP. wiederholt die Erklärung abgegeben, daß ihnen Gewalt fern läge. Trotzdem müsse aber das Reichsministerium des Innern an der Auffassung festhalten, daß das Gesamtbild der nationalsozialistischen Betätigung zu dem Schluß nötige, daß die NSDAP. nicht nur auf legalem Wege auf eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse hinarbeite. Uebrigens enthalte die erwähnte Denkschrift auch nur Material aus den letzten drei Jahren.

Nach Ausführungen des Vorsitzenden, der gern zum eigentlichen Beweisthema der Schuld oder Unschuld der angeklagten Leutnants zurückkehren möchte, und nach weiteren Erklärungen des Oberreichsanwalts, der eine Fortsetzung der Aussagen des Vertreters des Reichsinnenministeriums für nötig hält,

erhebt sich Rechtsanwalt Frank.

Zweifellos ist es Rechtsanwalt Frank, im Gegensatz zu seinem Mitverteidiger Rechtsanwalt Sack, in diesem Prozeß viel mehr um die Politik und um die Rechtfertigung Hitlers zu tun, als um seinen Mandanten. Pathetisch ruft Frank in den Saal: Wir verlangen Tatsachen und Tatzeugen, Herr Staatssekretär, zum Nachweis unserer illegalen Absichten! Was wir hören sollen, sind ja die Aeußerungen von bezahlten Vertretern eines abtserbenden Systems. (Lachen im Zuschauerraum; Rechtsanwalt Frank wird wegen seiner Ausdrucksweise vom Vorsitzenden gerügt). Wir halten die Methoden des Reichsinnenministeriums für unhaltbar! Sie haben kein Material, um die Aussagen des Zeugen Hitlers zu erschüttern! Sie haben kein Material gegen uns!"

Staatssekretär Zweigert: „Unsere Denkschrift ist eine Sammlung von Material, das uns von amtlichen Stellen zugeleitet worden ist. Welche Folgerungen daraus zu ziehen sind, hat das Gericht zu entscheiden."

Rechtsanwalt Frank: „Ich bestreite grundsätzlich die Richtigkeit des Materials des Reichsinnenministeriums und insbesondere die Richtigkeit der materiellen Schlußfolgerungen."

Es wird dann in die Mittagspause eingetreten. Um vier Uhr nachmittags werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung beantragt der Oberreichsanwalt, die Zeugen

Hitler, Pfeffer, Wagner und Weiß nicht zu vereidigen

bzw. ihre Vereidigung bis nach Schluß der Beweisaufnahme auszusetzen. Der Oberreichsanwalt hält den Verdacht für begründet, daß die Angeklagten nach ihrer Münchener Besprechung doch hätten der Meinung sein können, daß die führenden Leute der NSDAP. Umsturzversuche in der Reichswehr unterstützen würden. Außerdem befände sich eine Anzeige gegen Hitler wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens im Stadium der Erhebung. Der Oberreichsanwalt betonte, daß er keine Veranlassung sehe, Herrn Hitler Gelegenheit zu geben, einen Reinigungseid zu leisten. Einen bereits in der Vormittagssitzung eingebrachten Antrag des Verteidigers Rechtsanwalt Frank auf Ladung von Goebbels und Goering beantragt der Oberreichsanwalt als unerheblich abzulehnen.

Rechtsanwalt Sack besteht auf der Vereidigung der nationalsozialistischen Zeugen Hitler, Pfeffer, Weiß und Wagner. Zu der Hochverratsanzeige, die gegen Hitler schwebe, habe man bis jetzt die subjektive Meinung des Herrn Zweigert gehört. Aber nur Kraft eigenen Urteils könne der hohe Senat die Frage beantworten, ob der Zeuge Hitler zu vereidigen wäre oder nicht.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Kanecke schließt sich diesen Ausführungen an. Kanecke behauptet, daß die Aussagen der Zeugen Weiß, Wagner und Pfeffer über den Verlauf der Münchener Unterredung nicht in Widerspruch stünden mit den Aussagen der Angeklagten Scheringer und Ludien. Die Angeklagten hätten allenfalls zugegeben, daß sie ihre Kameraden für die Idee des Nationalsozialismus interessieren wollten, hätten aber keinesfalls zugegeben, und es wäre bis jetzt auch nicht bewiesen, daß sie nationalsozialistische Zersetzungsarbeit in der Reichswehr hätten betreiben wollen. Das Ermittlungsverfahren gegen Hitler schwebe im übrigen bereits seit März 1929. Es könne also nicht sehr viel an ihm dran sein.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Frank verlangt gleichfalls die Vereidigung der Zeugen. Der Verdacht der Teilnahme an einem Umsturzunternehmen könne gegen sie nicht geltend gemacht werden. Würde die Vereidigung

auf Grund der vagen Behauptungen einer Reichsbehörde hin (!)

abgelehnt werden, so wäre das ein Schimpf für die Zeugen, der unbedingt zurückgewiesen werden müsse. Würde der hohe Senat auf der Aussetzung der Vereidigung bestehen, so müßte die Verteidigung auf Vorlegung des Materials des Reichsinnenministers und auf den Beweis für die Richtigkeit dieses Materials bestehen. Punkt für Punkt würde aber die Verteidigung in der Lage sein, diese Richtigkeit zu widerlegen.

Das Gericht zieht sich zur Beratung über die Vereidigung der

Richterwahl in Genf.

Walter Schücking zum deutschen Richter im Haag gewählt.

Prof. Dr. Walter Schücking-Kiel.

Genf, 25. September. (Eig. Drahtb.) Rat und Vollversammlung des Völkerbundes nahmen am Donnerstag die bedeutungsvolle Wahl der Richter zum Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag vor. Zum ersten Male seit dem Bestehen des Völkerbundes wurden sämtliche Richter zu gleicher Zeit auf 9 Jahre gewählt. Unter größter Spannung wurde verkündet, daß gleich im ersten Wahlgange 14 der aufgestellten Kandidaten die absolute Mehrheit erhalten hatten. Von 52 abgegebenen Stimmen erhielten: Adatschi-Japan 49, Altamira y Crevea-Spanien 38, Anzilotti-Italien 40, Bustamente y Sirven-Kuba 31, van Eysinga-Holland 38, Fromageot-Frankreich 40, Guerrero-Salvador 38, Sir Cecil Hurst-England 40, Kellogg-USA 25, Negulescu-Rumänien 30, Rolin-Jacquemyns-Belgien 38, Rostworowski-Polen 34, Schücking-Deutschland 34, Wang-chung-Hui-China 32.

Zur Wahl des 15. Richters brachte die Vollversammlung noch vier weitere Wahlgänge, bis endlich Urrutia-Kolumbien die absolute Mehrheit erzielte. Zu Beginn der Nachmittagssitzung wurde das Ergebnis der gleichzeitig im Rat stattgefundenen Wahl bekannt gegeben. Darnach hatten die ersten 14 in der Vollversammlung gewählten Kandidaten im Rate ebenfalls die erforderliche Mehrheit erhalten, indessen hatte der Rat als 15. Richter Cruchaga-Locarnal-Chile gewählt. Der Präsident der Vollversammlung erklärte sofort die 14 vom Rat und der Vollversammlung gewählten Kandidaten zu ständigen Richtern.

In fünf weiteren Wahlgängen erlangte dann kein Kandidat die absolute Mehrheit, bis endlich im sechsten Hammerskjöld-Norwegen über Urrutia-Kolumbien triumphierte. Der Rat hatte Urrutia die Mehrheit gegeben und so begannen beide Körperschaften die Wahl von neuem. Der nächste Wahlgang brachte die Entscheidung, Vollversammlung und Rat gaben Urrutia die absolute Mehrheit. Damit erhalten die lateinamerikanischen Staaten wieder drei Sitze im Gerichtshof, während die skandinavische Gruppe, die bisher durch Hammerskjöld-Norwegen vertreten war, leer ausgegangen ist.

Bei der Wahl der vier Ersatzrichter erhielt im ersten Wahlgang der Vollversammlung nur Redlich-Oesterreich die absolute Mehrheit. Bei der zweiten Abstimmung wurden Erich-Finnland und Novakovitsch-Jugoslavien gewählt. Der dritte Gang war ergebnislos, im vierten wurde Menezes-Brasilien gewählt. Der Rat hatte Erich, Redlich und Novakovitsch ebenfalls bestimmt, die sofort zu Ersatzrichtern erklärt wurden. Beim vierten Wahlgang erhielt Matte-Portugal die Mehrheit in der Versammlung, während der Rat Menezes-Brasilien gewählt hatte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300926-13/fragment/page=0001

Zeugen zurück. Diese Beratung dauert etwa eine Viertelstunde. Dann wird folgender Beschluß verkündet:

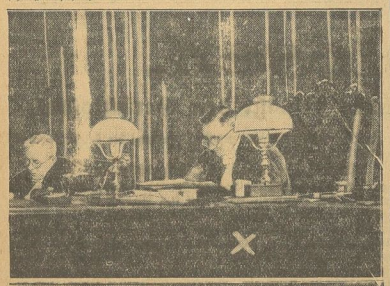
„Der Zeuge Adolf Hitler ist auf seine Aussage zu vereiden. Die Vereidigung der Zeugen Pfeffer, Weiß und Wagner wird ausgesetzt bis zum Schluß der Beweisaufnahme. Der Antrag auf Vernehmung von Dr. Goebbels und Hermann Goering als Zeugen wird abgelehnt. Ihre Aussagen würden in der vorliegenden Strafsache unerheblich sein. Wenn man nun fragen sollte, ob nicht auch aus dem gleichen Grunde mit Hitlers Vereidigung gewartet werden müsse, so sei darauf zu antworten, daß Hitler als Parteiführer doch wichtige Aufschlüsse über den vorliegenden Tatbestand der Anklage hätte geben können: Aufschlüsse sowohl in der Richtung, ob eine Finanzierung des Unternehmens durch die NSDAP. erfolgt wäre, ferner Aufschlüsse auch darüber, ob eine parteimäßige Einwirkung auf die Angeklagten stattgefunden habe. Ich bitte sie, Herr Adolf Hitler, vorzutreten!"

Hitler, der in der ersten Zeugenreihe Platz genommen hat, tritt vor den Richtertisch.

Langsam schwört Hitler die Eidesformel nach . . .

In diesem Augenblick erhebt sich Staatssekretär Zweigert von seinem Platz und bittet um seine Entlassung. Er sagt: „Nach dem soeben verkündeten Beschluß scheint meine Anwesenheit zwecklos zu sein."

Der Vorsitzende legt auf die Anwesenheit Zweigerts keinen Wert mehr. Der Vertreter des Reichsministeriums des Innern verläßt den Saal. Die andern Vertreter des Ministeriums schließen sich ihm an.



Oben: Der Richtertisch während der Vernehmung Hitlers. Der Vorsitzende Dr. Baumgarten. (X)
Unten: Hitlers Empfang vor dem Reichsgericht.

2 Prozent mehr.

Die Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung.

Das Reichskabinett hat die Heraufsetzung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge um 2 Prozent auf 6½ Prozent beschlossen. Damit soll der Mehrbedarf bei der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden, der bis Ende des laufenden Etatsjahres (März 1931) auf 400 Millionen Mark geschätzt wird. Das wirkliche Defizit dürfte höher sein, so daß mit der 2prozentigen Erhöhung der Beiträge, die an sich ja nur die Hälfte des Mehrbedarfs decken soll und etwa 190 Millionen Mark erbringen wird, der Ausgleich nicht erzielt werden kann. Das ist das Ende der Beitragspolitik der bürgerlichen Parteien.

Als sich die ersten Reibungen in der Arbeitslosenversicherung zeigten, verlangten die Gewerkschaften eine gründliche Sanierung der Arbeitslosenversicherung in Verbindung mit einer Beitragserhöhung. Hätte man damals den Mut dazu gehabt, so würde man die Arbeitslosenversicherung auf eine gesunde Basis gestellt haben. Die „Gewerkschaftszeitung", das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, schrieb damals, im Juli 1929, einen Artikel in diesem Sinne, den sie bezeichnenderweise mit der Ueberschrift „Sanierung oder Abbau der Arbeitslosenversicherung" versah. Die bürgerlichen Parteien entschieden sich nicht für die Sanierung. Unter Führung der Deutschen Volkspartei wurde eine ausgesprochene Verzögerungspolitik durchgeführt. Das Zentrum hat diese Politik gestützt.

Die beschlossene Beitragserhöhung bedeutet Lohnkürzung und es ist selbstverständlich, daß sich die Massen gegen diese Lohnkürzung in einer Zeit doppelt wehren, in der der Reallohn von allen Seiten angeknabbert wird. In einer Zeit der schlimmsten Krise, wo die Lasten gemeinsam getragen werden müßten, hat sich in Deutschland die fixe Idee gebildet, alles und alles auf die Schultern der arbeitenden Massen abzuwälzen. Man verspricht dem Besitz Steuererleichterungen und liebäugelt mit dem Gedanken, durch Eingriff in die Tarifverträge eine Lohnsenkung durchzuführen. Die Löhne, die an sich durch den Absturz der Akkordsätze zurückgegangen sind, sollen weiter, sollen unter das Maß des Erträglichen gedrückt werden. Der vor den Wahlen versprochene Preisabbau ist nicht eingetreten. Selbst gegen den unerhörten Wucher mit Markenartikeln hat man nicht das Geringste unternommen. Die Vorgänge im Reichswirtschaftsrat haben gezeigt, daß bei der Regierung die Unternehmerstimmen mehr wiegen als die Stimmen der Arbeitnehmer und der Verbraucher. Während man, verglichen mit der Zeit der Hochtonjunktur, die Löhne halbierte, garantiert man dem Handel durch Hochhaltung der Markenartikelpreise u. a. m. das Einkommen. Die Lastenverteilung ist so ungerecht wie nur möglich.

Dadurch ist die Forderung begründet, einen ganz erheblichen Teil der Mittel, die man durch die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge um 2 Prozent hereinbringen will, durch Streichungen im Etat einzusparen. Ganz unmöglich ist die Idee, durch Reduzierung der Leistungen zur Deckung des Defizits in der Arbeitslosenversicherung beizutragen. Die gegenwärtige Lage ist so schlimmer Natur, daß die Arbeitslosigkeit eine Art Dauerzustand geworden ist.

Die Arbeitslosenunterstützung ist kein Uebergangsgeld, keine Hilfe, um eine kurze Notlage zu überbrücken. Millionen sind auf diese Arbeitslosenunterstützung angewiesen. Für Millionen stellt sie das einzige Einkommen dar. Ohne diese Unterstützung stehen Millionen vor dem Nichts. Eine Kürzung der Leistungen wäre unerträglich. Die Gewerkschaften sind ohne Zweifel nach wie vor zu einer Sanierung der Arbeitslosenversicherung bereit. Sie muß aber davon abhängig gemacht werden, daß eine Kürzung der Leistungen nicht in Kraft tritt. Dahin gehören eine entsprechende Revision der Notverordnung, weiter ein Ausbau der Krisenfürsorge, die Einbeziehung der Wohlfahrtserwerbslosen in die Krisenfürsorge usw.; vor allem muß **die Garantie gegeben werden, daß die künftigen Leistungen nicht geschmälert werden.**

Es ist sehr leicht, diese oder jene Maßnahme durch Notverordnungen zu diktieren. Die Regierungen dürfen aber nicht vergessen, daß die Grenze des Erträglichen erreicht ist!

Theaterkritik über Hitler.

„Noch verrückter als Wilhelm."

Der „Vorwärts" schreibt zu den Auftreten Hitlers in Leipzig: „Dem General Ludendorff wird das Wort nachgesagt, er kenne keinen anderen Menschen, der so große Aehnlichkeit mit Wilhelm 2. habe wie Adolf Hitler. In der Tat ist der Hang zum Auftreten in großer Szene zur rollenden Rhetorik, zum Schübersschlagen in der Ankündigung herrlicher Zeiten auch bei Hitler bis ins Krankhafte gesteigert. Dabei ist sein Bildungsstand beträchtlich tiefer, so daß der Gegensatz zwischen Selbstbewußtsein und wirklicher Bedeutung nur noch schreiender wirkt. Es war ein Fehler, diesen Mann nicht einzubürgern und ihm den Weg in den Reichstag zu versperren, denn mancher Parteiführer braucht gar nicht erst Minister zu werden, um seine Partei zu kompromittieren. Es genügt schon, wenn er als Abgeordneter die Rednertribüne des Reichstages betritt. Bei Hitler hätte das bestimmt vollkommen genügt. Natürlich ist das Gerede von den rollenden Köpfen nichts anderes als eine alberne Großsprecherei, an der sich ein innerlich unreifer Mensch berauschen mag, die aber mit Politik nichts gemein hat. Kennzeichnend genug, daß Hitler gerade von dieser seiner Lieblingsvorstellung nicht lassen will, obwohl sie seiner sonstigen taktischen Absicht, sich in die Regierung hineinzuschwören, störend in den Weg tritt."

Die „Germania" sagt: „Wenn Hitler gestern sagte, sein geistiger Kampf und seine Legalität bestehe darin, daß er „die Macht gewinnen wolle (wir nehmen an, gegen einen großen Teil des deutschen Volkes), um Köpfe rollen zu lassen", dann ist seine Vorstellung von der geistigen Revolution allerdings höchst eigenartig und höchst sonderbar; denn in dieser Drohung liegt nichts anderes, als die Ankündigung einer gewaltsamen Bedrückung des einen Volksteiles durch den anderen. Dann wäre die Legalität nur Vorbereitung auf eine Gewaltherrschaft oder Herr Hitler möge uns belehren, daß unsere Schlüsse irrig sind. Hitler hat auch nicht recht, daß die Verfassung nur die Methoden vorschreibe, nicht aber das Ziel. Das stimmt nicht. Die Verfassung hat ein ganz klares Ziel: Den demokratisch-parlamentarischen Staat und sie hat alle ihre Einrichtungen auf dieses Ziel eingestellt und zugespitzt."

Die Franzosen lachen.

Paris, 26. September. (Eig. Funkm.). Die Prokagandarede Hitlers vor dem Leipziger Staatsgerichtshof wird von der Pariser Presse ausführlich mit allen ihren Kraftstellen wiedergegeben. Trotzdem aber vermag man es in Paris noch immer nicht zu verstehen, wie Hitler mit seinem leeren Phrasenschwall einen derartigen Eindruck auf die deutschen Wähler machen konnte. „Das soll der große Befreier und Erneuerer Deutschlands sein?" schreibt das „Journal". „Dieser hohle geschwätzige Mensch, der seine hohltönenden Phrasen selbst nicht versteht, dieser Operettenpolitiker will Deutschland retten? Das „Oeuvre" ist darüber entsetzt und fragt, warum ein Irrsinniger in Deutschland nicht ins Irrenhaus eingesperrt werde. „Petit Parisien" erklärt, mit dieser Unsinnsrede in Leipzig habe sich Hitler selbst endgültig für den Eintritt in eine Rechtsregierung unmöglich gemacht. Man spreche deshalb in Berlin bereits von der Bildung eines Geschäftskabinetts unter der Leitung des Reichsbankpräsidenten Luther, der vor allem die Finanzen in Ordnung bringen solle, allerdings mit Hilfe des Artikels 48."

Die Engländer wundern sich.

London, 25. September. (Eig. Drahtb.) Die Rede Hitlers vor dem Reichsgericht wird in der Londoner Abendpresse in großer Aufmachung wiedergegeben. Der „Daily Herald" ist der Ansicht, die Anhänger Hitlers müßten von dessen Rede schwer enttäuscht sein. Denn der Führer der Nazis habe das „Dritte Reich" einstweilen bis zu den kommenden dritten oder vierten Reichstagswahlen vertagt. Hitler denke trotz aller Blut-Phrasen mehr an das Parlament als an das Pogrom.

Die Amerikaner schütteln die Köpfe.

Newyork, 25. September. (Eig. Drahtb.) Die Erklärungen Hitlers im Leipziger Verschwörerprozeß haben in Newyork stärkste Beachtung gefunden. Die Presse und verantwortliche Kreise vertreten allgemein die Auffassung, daß eine Regierungskoalition mit den Nationalsozialisten angesichts der offenen republikfeindlichen Aeußerungen Hitlers undenkbar sei. Die Rückwirkungen auf das Ausland würden katastrophal sein. Die Auffassung gewinnt immer mehr an Boden, daß das Ausland nicht gewillt ist, sich durch wilde vertragsfeindliche Redensarten einschüchtern zu lassen. Das Revisionsgeschrei der zweitstärksten Partei muß im Gegenteil die ausländischen zur Revision geneigten Elemente nur kopfscheu machen und zur Verschärfung der allgemeinen Lage führen.

Neue Ausschreitungen in Prag.

Prag, 26. September. (Eig. Funkm.). Trotzdem das Prager Polizeipräsidium auf Plakaten vor der Wiederholung von Demonstrationen schärfstens gewarnt und erklärt hatte, daß man gegen Störungsversuche mit allen Mitteln eingreifen werde, kam es am Donnerstag in den späten Abendstunden zu Ausschreitungen in den Straßen von Prag, die einen viel bedrohlicheren Charakter als am Mittwoch annahmen und schließlich mit der Demolierung des Deutschen Hauses am Graben ihren Höhepunkt erreichten.

Die Menge flüchtete auf den Wenzelplatz, wurde dann abgedrückt und sammelte sich wieder vor dem Deutschen Hause, wo sie ein schweres Steinbombardement eröffnete, dem die Polizei und Gendarmerie zu spät ein Ende machte. Die Fenster der Straßenfront gingen dabei in Trümmer. An der Front des Hauses konstatierte man auch zwei Einschüsse von Revolverkugeln.

Auch an anderen Stellen der inneren Stadt kam es gegen 22 Uhr zu wiederholten schweren Ausschreitungen. Nach der Demolierung des Deutschen Hauses wurde die Gendarmerie eingesetzt, die ganz energisch vorging. Ein Versuch der Demonstranten, auch am Donnerstag gegen das Deutsche Haus vorzugehen, wurde von berittener Polizei abgewehrt. Die vom Theater abgedrückte Menge eröffnete dann in der Nähe des Theaters ein Steinbombardement gegen die Wache, die sich dabei natürlich zur Wehr setzte. Es gab auf beiden Seiten Verletzte. In einzelnen Straßen der Altstadt wurden Auslagen, Fensterscheiben und Firmenschilder deutscher und jüdischer Geschäfte demoliert.

In Preußen kein Abbau der Beamtengehälter.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst von zuständiger Seite erfährt, ist die von einigen Zeitungen übernommene Meldung einer Korrespondenz, wonach im Preußischen Finanzministerium ein Gesetzentwurf über die Kürzung von Beamtengehältern vorbereitet wird, unzutreffend.

Die stellenlosen Schulamtsbewerber in Preußen.

Der preußische Unterrichtsminister hat dem Landtag eine Uebersicht über die Zahl der stellenlosen Schulamtsbewerber in Preußen nach dem Stande vom 15. Mai 1930 zugeleitet. Danach beträgt die Zahl der stellenlosen Bewerber überhaupt 23 147, das sind 21,1 v. H. der in Preußen bestehenden Lehrer-(innen)-stellen, deren Zahl sich auf 109 631 beläuft. Von den stellenlosen Lehramtsbewerbern sind vorübergehend beschäftigt 14 286, darunter 7203 auftragsweise in freien Planstellen, 4089 vertretungsweise für erkrankte Lehrer und 2994 als Hilfs-(Wander-)lehrer. Ohne jede Beschäftigung im Schuldienst sind 8861 Lehrer und Lehrerinnen.

In der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion sitzen nicht weniger als 36 aktive Beamte. Außerdem sind in ihr 16 Mitglieder des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes vertreten, der den christlichen Gewerkschaften angeschlossen ist.

Regierung Schober zurückgetreten.

Wien, 25. September. (Eig. Drahtb.). Die Regierung Schober ist am Donnerstag nachmittag zurückgetreten. In parlamentarischen Kreisen betrachtet man es als selbstverständlich, daß

Vaugoin,

der bisherige Vizekanzler und Wehrminister, der die Intrige gegen Schober eingeführt hat, die Neubildung des Kabinetts übernimmt. Als Außenminister der neuen Regierung wird Seipel genannt.

Rücktritt angenommen.

Wien, 26. September. (Eig. Funkm.). Der Bundespräsident hat den Rücktritt der Regierung Schober angenommen und sie mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt. Er wird heute mit einem Empfang des christlichsozialen Abgeordneten Burresch eine Besprechung über die Neubildung des Kabinetts einleiten.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird am Freitag, den 3. Oktober zur politischen Lage Stellung nehmen.

Das bayerische Kommunistenorgan, die „Neue Zeitung", wurde auf Grund des Republikschutzgesetzes für eine Woche bis einschließl. 1. Oktober verboten. Den Anlaß hierzu gab ein Gedicht von Georg Manfred in der Dienstag-Nummer, in dem u. a. folgende Stelle vorkommt: „Unser Weg geht nicht durch den Tempel des Gesetzes, sondern über die Straße und über Barrikaden. Unser Sieg ist die Diktatur des Proletariats. Der Kampf beginnt."

Die französisch-italienischen Flottenverhandlungen sind abgebrochen worden. Jetzt beschuldigen sich beide Parteien gegenseitig des schlechten Willens. Von englischer Seite dürfte nochmals ein Versuch gemacht werden, die Parteien noch vor der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz im November zu neuen Verhandlungen zu veranlassen.

Aus aller Welt.

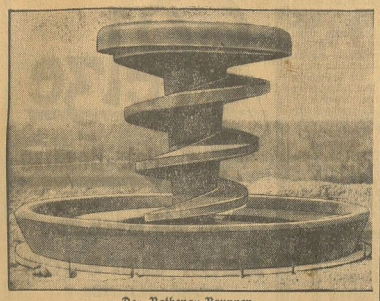
Tödlicher Flugzeugabsturz. Auf dem Flugplatz Stuttgart-Böblingen stürzte der Flugschüler Thrandorf bei einem Notlandungsversuch ab. Das Flugzeug wurde völlig zertrümmert und der Pilot so schwer verletzt, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus verstarb.

Prozeß gegen einen Kindesmörder. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts 2 in Berlin begann am Donnerstag ein Mordprozeß gegen den Arbeiter Robert Palmer, der im Dezember vorigen Jahres seinen dreijährigen Sohn Paul im Rangsdorfer Walde erschossen hat. Der Prozeß, zu dem mehr als 20 Zeugen und fünf Sachverständige geladen sind, dürfte mehrere Tage dauern.

Gefährlicher Werftbrand. In der Modelltischlerei der Bremer Vulkanwerft in Vegesack brach in der Donnerstagnacht ein Großfeuer aus. Die Tischlerei brannte bis auf die Grundmauern nieder. Sämtliche Modelle sind vernichtet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300926-13/fragment/page=0002

Dem Andenken Walter Rathenaus.



Der Rathenau-Brunnen,

ein Werk von Professor Kolbe, der in den Rehbergen in Berlin aufgestellt worden ist.

Die Plaidoyers im Wesselprozeß.

Hohe Zuchthausstrafen beantragt. Urteilsverkündung heute mittag.

Im Mordprozeß Wessel fanden am Donnerstag die Plädoyers statt. Staatsanwaltschaftsrat Fischer beantragte gegen Albrecht Höhler wegen gemeinschaftlichen Totschlages zehn Jahre Zuchthaus, wegen Nötigung drei Monate Gefängnis und wegen verbotenen Waffenbesitzes gleichfalls drei Monate Gefängnis. Diese Strafe soll auf insgesamt zehn Jahre und drei Monate Zuchthaus zusammengezogen werden. Ferner beantragte der Staatsanwaltschaftsrat, dem Angeklagten die Ehrenrechte auf fünf Jahre abzusprechen. Gegen Erwin Rückert wurde acht Jahre und ein Monat Zuchthaus, sowie fünf Jahre Ehrverlust, gegen Kandulski sieben Jahre und ein Monat Zuchthaus, ebenfalls mit Ehrverlust, gegen Frau Salm wegen Beihilfe zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, sowie gegen die übrigen Angeklagten wegen Begünstigung und Mittäterschaft Gefängnisstrafen von drei Jahren bis zu zwei Monaten Gefängnis beantragt. Für den Ehemann Schmidt beantragte der Ankläger Freisprechung.

Zur Begründung seiner hohen Zuchthausanträge führte der Staatsanwalt u. a. aus, daß es geradezu erschütternd sei, wie leichtfertig man heutzutage mit dem Leben politischer Gegner umspringe. Auf die Frage, wieviel auf der extremen Linken und Rechten das Leben eines politischen Gegners wert ist, haben wir die Antwort erhalten: „Es ist nichts wert!" Die Angeklagten besaßen nicht den Mut, für ihre Tat voll einzustehen. Es handelt sich bei dem Anschlag auf Wessel nicht um ein privates Verbrechen, auch nicht um den Racheakt eines empörten Liebhabers, sondern um eine Bluttat, die an einem politischen Gegner verübt worden ist. Bewiesen ist, daß Frau Salm nach der Tat im Karl Liebknecht-Haus gewesen ist. Bewiesen ist weiterhin, daß man dem Höhler zur Flucht verholfen hat. Als Wessel am Boden lag, hat Höhler gerufen: „Du weißt, wofür Du das bekommen hast!" Die Unzahl der politischen Verbrechen ist hier wieder um eins vermehrt worden. Scharfes Durchgreifen gegen alle die Leute, die glauben, mit Revolver und Faust Politik machen zu dürfen, ist dringend notwendig."

Nach dem Staatsanwalt sprachen die Verteidiger. Bemerkenswert war das Plädoyer des Rechtsanwalts Dr. Apfel, der ausführte, daß er keineswegs beabsichtige, die Tat Höhlers zu beschönigen, aber unbedingt eine gerechte Beurteilung seines Mandanten verlange. Der Verteidiger ließ es dahingestellt, ob Höhlers Tat als Putativnotwehr (Notwehr gegen einen eingebildeten Angriff) zu betrachten sei und regte eine Art von „Kompromißlösung" an, nach der man Höhler wegen Körperverletzung mit Todeserfolg bestrafen solle. Auffallenderweise übte Apfel auch an der Haltung der kommunistischen Partei erhebliche Kritik, deren „psychologische Schnitzer" jetzt Höhler büßen solle. Nach den Plädoyers der Verteidiger verzichteten sämtliche Angeklagten auf ein Schlußwort. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Tolk, setzte die Verkündung des Urteils auf Freitag mittag 1.30 Uhr fest.

Blutiges Eifersuchtsdrama. Der Händler Fritz Erdmann aus der Perleberger Straße in Berlin NW. erschoß nach heftigem Wortwechsel den Liebhaber seiner Frau, den 32jährigen Metallarbeiter Georg Tluste. Der Täter wurde von der Polizei festgenommen und ist geständig. Er bedauert seine Tat nicht, sondern fühlt sich durchaus im Recht.

Mrs. Bruce fliegt nach Japan. Mrs. Bruce, die bekannte englische Automobilistin, die erst vor knapp zwei Monaten fliegen gelernt hat, ist von Heston in einem Kleinflugzeug zu einem Langstreckenflug aufgestiegen. Mrs. Bruce beabsichtigt, nach Japan zu fliegen.

Vom Bären zerfleischt. Im Waldparkrestaurant in Mannheim wurde am Donnerstag vormittag der Raubtierwärter Ernst Käser von einem Bären angefallen und schwer verletzt. Käser wollte, wie üblich, erst die Löwen und dann den braunen Bären füttern. Kaum hatte er den Zwinger geöffnet, als sich das Tier in einem Wutanfall auf ihn stürzte und ihm einen so heftigen Hieb versetzte, daß er ohnmächtig zu Boden sank. Der Bär sprang nun auf den Bewußtlosen los, bearbeitete ihn mit seinen Tatzen und riß ihm sämtliche Kleider vom Leibe. Beamte des Ueberfallkommandos wurden hinzugerufen, die das rasende Tier schließlich durch Karabinerschüsse töteten. Der Wärter, der am Kopf und an den Schultern schlimme Verletzungen davon getragen hat, wurde ins Krankenhaus geschafft und sogleich operiert. Sein Zustand ist lebensgefährlich.

Die Opfer des Sturmes an der bretonischen Küste. Wie aus Concarneau an der Südküste der Bretagne gemeldet wird, ist die Gesamtzahl der während des letzten Sturmes umgekommenen Fischer auf 20 gestiegen. Bis zum Donnerstag werden noch 12 Fischerboote vermißt. Die Bevölkerung gibt die Hoffnung auf ihre Rückkehr nicht auf; doch muß man mit dem Verlust der Fahrzeuge und dem Tod ihrer Bemannung rechnen. Die Familien der verschollenen Fischer warten noch Tag und Nacht im Hafen auf ihre Männer, Väter und Söhne. Die letzten Funknachrichten sprechen von zwei bis drei auf See gesichteten Schonern, die Havarie erlitten hätten, deren Besatzung jedoch gerettet sein soll.

Die Lynchschande in Amerika. In Thomsville (Georgia) stürmte am Donnerstag morgen ein wild erregter Mob das Ortsgefängnis, ergriff einen jungen, des Sittlichkeitsverbrechens an einer weißen Frau beschuldigten Neger und lynchte ihn. Die Behörden verhielten sich dem Treiben gegenüber völlig passiv.

Opfer des Steinschlags. Der bekannte italienische Bergführer Caesar Ollier wurde im Montblanc-Gebiet durch Steinschlag getötet, als er sich auf der Gemsjagd befand. Sein Hund machte die ganze Nacht neben der Leiche, bis sie nach etwa 24 Stunden von Bergführern aufgefunden wurde.

„Der Minister ist ermordet!"

Was der Rundfunk anrichten kann.

In den Abendstunden des Donnerstag tauchte plötzlich das Gerücht auf, daß auf den Außenminister Dr. Curtius bei seiner Ankunft am Bahnhof Friedrichstraße ein Anschlag verübt worden sei. Bei den Redaktionen erfolgten nicht nur Anfragen aus Berlin, sondern auch aus dem Reich, bei denen der Rundfunk als Quelle angegeben wurde und die Aufklärung: Der Berliner Rundfunk sandte am Donnerstag abend ein Hörspiel „Der Minister ist ermordet", in dem an einer Stelle das Konzert unterbrochen und ausgerufen wird: „Der Außenminister am Bahnhof Friedrichstraße ermordet". Dieser Ausruf war von einer Anzahl der Hörer für eine Tagesnachricht des Berliner Rundfunks gehalten worden.

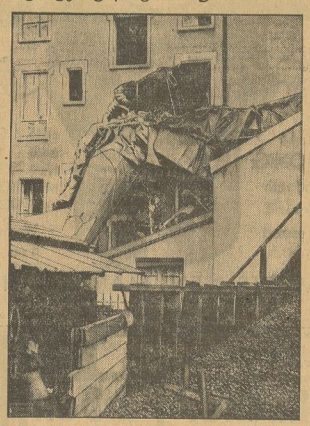
Die Rekordschläferin. Im Helfingforfer Krankenhaus ist ein 22jähriges Mädchen, nachdem es mehr als eineinhalb Jahre durchgeschlafen hatte, wieder aufgewacht. Das Mädchen litt seit langer Zeit an einer Drüsenerkrankung und wurde während seines Dauerschlafes künstlich ernährt.

Von Sandmassen verschüttet. Drei Knaben im Alter von 11, 7 und 6 Jahren wurden in einer Sandgrube in der Nähe des Dorfes Kinding bei Eichstädt beim Kiesfuchen von Sandmassen verschüttet. Trotzdem das Unglück alsbald bemerkt wurde und man die Kinder nach einer knappen halben Stunde bergen konnte, war es bereits zu spät. Die Verschütteten waren inzwischen erstickt.

Attentat eines Irrsinnigen. In der Gemeinde Hammeles-Termonde bei Brüssel kam es am Mittwoch abend zu einer fürchterlichen Bluttat, der fünf Menschen zum Opfer fielen. Ein Mann namens Vandenbroeck, der bereits seit Tagen Spuren von Geistesverwirrung gezeigt hatte, stürzte sich plötzlich mit einem Gewehr in der Hand auf seine Familie. Zuerst erschoß er seinen Vater und seine Schwester, worauf er auf die Straße eilte, wo er ein Kind im Alter von 6 Jahren durch Bauchschuß schwer verletzte. Als Vater und Großvater des Kindes herbeieilten, schoß sie der Rasende ebenfaus nieder. Nach einer wilden Jagd gelang es zwei Gendarmen, den Tobsüchtigen zu überwältigen und in eine Irrenanstalt einzuliefern.

Das Testament eines Frauenhassers. Vor kurzem starb in Dens Moines, im nordamerikanischen Staate Iova, Mr. T. M. Zink, der ein angesehener Rechtsanwalt dieser Stadt war. Obwohl er verheiratet war und eine Tochter hatte, stellte es sich bei der Testamentseröffnung heraus, daß er ein wohl einzig dastehender Frauenhasser war. Er vermachte den größten Teil seines Vermögens der Stadt Des Moines zu dem Zweck, eine öffentliche Bibliothek damit zu errichten. Doch an dieses Vermächtnis knüpfte er die Bedingung, daß über dem Eingang in großen Buchstaben anzubringen sei: „Dem weiblichen Geschlecht ist der Zutritt verboten" Außerdem sollten nur Bücher von männlichen Verfassern zugelassen werden. Aus allen dort aufliegenden Zeitschriften müßten alle Arbeiten, die von Frauen geschrieben seien, entfernt werden. Nichts in der Ausstattung der Bibliothek dürfte irgendwelchen weiblichen Geschmack zeigen. — Seine Frau aber speiste Mr. Zink mit einem Monatseinkommen von vier Dollar und seine Tochter mit einem Monatseinkommen von fünf Dollar ab.

Flugzeug fliegt in Hauswand.



Das zertrümmerte Flugzeug an einem Wohnhaus von Neuilly-Plaisance (Frankreich).

Ein französisches Militärflugzeug ging wegen einer plötzlichen Motorpanne scharf nieder und bohrte sich tief in die Seitenwand eines Hauses. Wie durch ein Wunder wurde niemand verletzt, trotzdem das Flugzeug vollständig in Trümmer ging.

Nicht ohne Rock vor Gericht. Vor dem Schöffengericht in Aschaffenburg erschien ein im Auto von Darmstadt angekommener Angeklagter in langer Hose und weißem Sporthemd, ohne Rock. Das Gericht nahm den Angeklagten wegen Ungebühr vor Gericht in eine Ordnungsstrafe von 50 Mark. Der Angeklagte war der Ansicht, diese Kleidung gelte nicht nur in Darmstadt, sondern auch in anderen Städten als durchaus anständig. Das Oberste Landesgericht in München hat denn auch die Strafe auf 15 Mark ermäßigt, aber mit der Begründung versehen: „Für die Richter ist eine besondere Sitzungskleidung vorgeschrieben, deren Zweck es ist, die hohe Aufgabe der Gerichtsbarkeit und den Ernst der richterlichen Handlung sinnfällig zum Ausdruck zu bringen. Die Gerichte können daher auch verlangen, daß die Prozeßbeteiligten in einer der Würde des Gerichts entsprechenden Kleidung erscheinen. Für das Auftreten vor Gericht könne dabei die aufkommende Aenderung der üblichen Männertracht keinesfalls als zulässig angemessen gelten."

Wie sie wählten. In der „Frkf. Zeitung" lesen wir: In einem Moselort ging eine alte Frau, die fromm war und jeden Morgen in die Kirche ging, wählen. Lange und genau besah sie sich den Wahlzettel und gab dann ihre Stimme ab. Beim Verlassen des Lokals traf sie noch eine Bekannte. „Na, was wählst du denn jetzt," sprach sie diese an. „Ach, ich wollte schon Wirtschaftspartei wählen", entgegnete diese, eine Wirtsfrau, „aber, wo so viel getrunken wird, bleibe ich doch bei Zentrum. — „Ich hab' diesmal Kommunion-Partei gewählt," sagte die Fromme und schritt stolz heimwärts.

Spanien eröffnet seine Stierkampfsaison.

Ein Bild aus Pamplona: Nicht nur die Toreros, auch die begeisterten Zuschauer hetzen die Stiere in die Arena.

Nach einer traditionellen Sitte in Pamplona werden die Stiere zur Eröffnung der Stierkämpfe durch die Straßen der Stadt getrieben. Der gesamte Verkehr muß ruhen, und die Bevölkerung ist nun denkang auf den Beinen, um das eigenartige Schauspiel mit anzusehen. Am Schluß der aufregenden Jagd stürzt öfter das begeisterte Publikum mit in die Arena, um die Stiere mit roten Tüchern bis aufs äußerste zu reizen.

„Haus der Tuberkulose."

Frankreich, das unter den zivilisierten Staaten Europas die größte Tuberkulose-Zahl aufweist, wird binnen kurzem sein „Haus der Tuberkulose" besitzen. Es wird in den Pariser Gärten des Pasteur-Instituts nach den Plänen des Professors Calmette — desselben Calmette, dessen BCG-Serum in dem tragischen Kindersterben von Lübeck durch die Schuld der Lübecker Aerzte eine so peinliche Rolle spielte — erbaut werden. Das Haus soll in allen seinen fünf Stockwerken dem Studium der unheilvollen Krankheit dienen und aufs allerwahrste ausgestattet werden. Der erste Stock wird in 1400 Käfigen nur die Versuchstiere beherbergen, Kaninchen, Meerschweinchen, Kälber Ziegen u. Affen. Der zweite Stock wird ein kolossales Laboratorium sein. Dem Institut angegliedert werden soll eine weltumfassende Literatur über die Tuberkulose. Calmette selbst hat die Absicht, in dem Tuberkulose-Institut Wohnung zu nehmen.

Schwindelbank mit Filialen. In Amsterdam wurde eine Schwindelbank, die Hypotheken-Assurantie-Zentrale, festgestellt, die vor allem in Westdeutschland arbeitete. Diese Bank unterhielt ein großes Netz von Filialen. Die Bank verschaffte sich Adressenmaterial durch Inserate, sandte an Darlehensuchende Prospekte und verlangte Vorschüsse. Nachdem sie im Besitz der geforderten Beträge gelangt war, ließen die Inhaber dieser Hypothekenzentrale nichts mehr von sich hören. Die Inhaber betrieben ferner ein ähnliches Schwindelunternehmen, die Nederlandsche Odd-Fellow-Bank, durch die zahlreiche Personen im rhein.-westfälischen Industrierevier um sehr erhebliche Beträge geschädigt worden sind. Die niederländische Polizei nahm jetzt eine Haussuchung in den Büroräumen der Schwindelbank vor, die eine Unmenge belastendes Material zutage förderte. Die Schwindelorganisation arbeitete auch in Polen, Litauen, Belgien und Frankreich.

Spritschiebersskandal in Baden. Die Spritzollfahndungsstelle hat einen außerordentlich großen Spritschiebersskandal aufgedeckt, in den zahlreiche Persönlichkeiten aus dem ganzen Reich verwickelt sind. Bis jetzt wurden 15 Personen verhaftet und weitere Verhaftungen stehen noch bevor. Die Verfehlungen erstrecken sich auf mehrere Jahre. Es handelt sich nach den bisherigen Feststellungen um Millionenwerte, die ins Ausland verschoben wurden. Der Selbstmord des Fabrikanten Levi in Berlin vor einiger Zeit hängt mit dieser Angelegenheit zusammen. Auch der vor etwa einem Jahr verstorbene Fabrikant Kiefer aus Kehl soll in den Spritschiebersskandal verwickelt sein.

Letzte Nachrichten

(Eigene Funk- und Drahtberichte).

Die friedlichen Nazis.

Köln, 26. September. (Eig. Drahtb.) Der durch den heimtückischen Mord an dem Arbeiter Classen in Köln bekannte ehemalige Kommunist und jetzige Nationalsozialist Conrad wurde vom Schnellrichter in Bonn zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Classen wurde am 8. August in einer nationalsozialistischen Versammlung erwischt, als er im Begriffe war, mit einem zugeklappten Taschenmesser einen politischen Gegner niederzuschlagen. Wegen der Mordtat in Köln wird sich Classen in nächster Zeit vor dem Schwurgericht zu verantworten haben.

Raffinierter Gaunerstreich.

Köln, 26. September. (EF.) Ein raffinierter Gauner verstand es am Donnerstag kurz nach 21 Uhr durch einen falschen Befehl den diensttuenden Beamten der Bahnpost Köln—Bonn (Rheinufer-Bahn) zu veranlassen, seinen Posten im Bahnpostwagen zu verlassen. Dann öffnete der Gauner eine Kassette, aus der er etwa 3000 ℳ entnahm. Ferner sind ihm weitere Bargelder in Höhe von 3100 ℳ in die Hände gefallen. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden.

Vom Schlachtfelde der Arbeit.

Paris, 26. September. (EF.) Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich am Donnerstag in dem Gaswerk von Monterre bei Paris. Ein in Reparatur befindlicher Koksofen stürzte plötzlich in sich zusammen und begrub 12 Arbeiter unter seinen Trümmern. Vier der Verunglückten konnten nur noch als Leiche geborgen werden. Fünf Arbeiter mußten mit schweren Verletzungen ins Hospital geschafft werden.

Das türkische Kabinett zurückgetreten.

Konstantinopel, 26. September. (EF.) Am Donnerstag abend ist das Gesamtkabinett Ismed Pascha zurückgetreten. Der Präsident verhandelt mit den beiden Parteichefs. Eine Wiederbetrauung Ismeds ist jedoch wahrscheinlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300926-13/fragment/page=0003

Stadt-Theater

Freitag, den 26. September, 20—22 Uhr:
„Heilsehere i"
Gesellschaftsstück von G. Kaiser (0.50—3.60)

Sonnabend, 27. September 1930
wegen Vorbereitung der Festaufführung am 28. September geschlossen!

Hedwig Volkmann
Walter Hartbrecht
grüßen als Verlobte.
Halberstadt, den 26. September 1930.

Dem geehrten Publikum von Halberstadt und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß mein Geschäft nach dem Brandunglück am 20. Juni wieder instand gesetzt ist. Ich kann daher das Geschäft wieder im vollen Umfang wie früher weiter führen. Ich danke für das geschätzte Vertrauen und Unterstützung und bitte auch fernerhin um Ihr gütiges Wohlwollen. Mein Geschäftsprinzip soll weiter sein: Gute Ware, niedrigste Preise. Hochachtungsvoll
Margarete Richter, Halberstadt, Pfahlgasse 1

Empfehle gleichzeitig meine **Handwagen und Spielwagen** in allen Größen. Alle Sorten **Räder, Leitern, Bubiräder, Roller, Bürsten und Besenwaren**, alle **Arten Stiele und Pfähle, Wäscheleinen, Klammern, Kleiderbügel u. Gartengeräte**

Asche's Heilpraxis

Halberstadt, Roonstraße 62 pt.
Deutsch—amerikanisches Heilverfahren. — Behandlung von chronischen und akuten Herz-, Nerven-, Magen- und Darmkrankheiten. Gicht. Rheuma etc.
Sprechzeit: **Jeden Dienstag von 9—12 und 2—5 Uhr**
Zugelassen zur „Volkswohl"-Krankenunterstützungskasse
Sitz Dortmund.

Postautofahrten!

Sonnabend, den 27. September 1930:
19.30 Uhr: nach Wendefurth zum Hirschescheinen!
Person 2.50 RM.
Sonntag, den 28. September 1930:
8 Uhr: über Blankenburg—Hasselfelde—Stolberg—Heimkehle—Kyffhäuser—Rößla—Harzgerode—Alexisbad—Mägdesprung—Quedlinburg—Halberstadt.
Person 6.50 RM.
Rechtzeitige Anmeldungen im **Städt. Verkehrsamt** Holzmarkt

Gurkenschalen

hat abzugeben **C. Mehler.**
Verkaufszeit: 8½—11½ Uhr, 1—6 Uhr.

Butter billiger!

Allerfeinste Molkerei-Tee-Butter . Pfd. **1.75**
ungesalzen und leicht gesalzen
Allerfeinste Molkerei-Tafel-Butter Pfd. **1.68**
Feine Molkerei-Butter Pfund Mk. 1.58
Auf alle Waren unseren bekannten Rabatt!
Butter Groß-Handlung Hammonia
Größtes Butterspezialgeschäft Deutschlands
Verkaufsstelle: Halberstadt, Kühlingerstraße 23

Erdbeer-Pflanzen

kräftige, gut bewurzelte, Laxtons Noble, Sieger.
Gartenbaubetrieb W. Bürger,
Am Kloster 7/9. Stadtgeschäft: Fischmarkt 12.

Speise-Kartoffeln

beste gelbfl. Industrie, für den Winterbedarf, liefern für den äußersten Preis frei Keller
Liesicke, Kartoffelgroßhandlung
Fernruf: 1232. Gröperstraße 72.

Tapeten-Reste

bis 15 Rollen
billigst bei
Gebr. Sondheim
Hoheweg 20
Beachten Sie unser Schaufenster.

Zum Besuche der im „Stadtpark" von Sonnabend bis Montag stattfindenden

Dahlien-Schau

laden ergebenst ein
Pape & Bergmann G. m. b. H.
Quedlinburg
Eintritt frei

Hausierer

(Warenverteiler), welche noch einige Artikel mitnehmen wollen, **gesucht**. Laufende Einnahme. Offerten unter **M. 642** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Am Sonnabend, den 27. September, werden von 11 bis 3 Uhr alte u. vorgeschrittene junge **Kanarien-Hähne** auch weiße, sowie jed. Posten **Weibchen** in **Halberstadt** in **Herbst's Restaurant**, Kühlingerstraße, Ecke Weingarten, gekauft.

Für alle Frauen und Mädchen über 18 Jahre

Vortrag: Frauenglück / Frauenleid Eintritt frei!
mit **Ausstellung und Vorführungen** am lebenden Modell (Thalysia-Hygiene-Korsettschau)

veranstaltet vom **Thalysia-Werk** in Leipzig
Besteht seit über 40 Jahren

Frauen-Vortrag:
Was jede Frau und jedes junge Mädchen von ihrem Körper wissen sollte. Wie Hängeleib, Brustschlaffsein, Krampfadern, Beinschwell. Fußschmerz, verhüt. werden.

Ohne Thalysia-System

Hygiene-Schau
Von der Jugend bis ins Alter gesund, normal-vollschlank, beschwerdefrei und schönen Formenschutz im Wachstumsalter, kritisch. Zeit. Schöne Beine u. Füße

Mit Thalysia-System

Vorführungen:
Thalysia-System zum Schutz und zur Wiederherstellung der guten Figur u. der Wohlbefindens, Thalysia-Konstruktionen als einzigartige Original-Schöpfungen.

Verhind. verl. das reichill. Heft „Die gesunde Frau" gegen 25 Pfg. postfrei durch Thalysia, Leipzig-G, Abt. 67

Montag, den 29. September 1930, Dienstag, den 30. September 1930, Stadtpark (kleiner Saal) nachm. ½4 Uhr und abends ½8 Uhr
Wir warnen vor Hausiererinnen, die mit Bezug auf unsere Vorträge fremde Waren als Thalysia-Fabrikate anbieten.

Alle Tage ist Kein Sonntag, aber: alle Tage gibt's C.M. im Klee!

C. M. im Klee
BIENENHONIG
das reine und reifste Naturprodukt.
Nahrhaft, gesund und bekömmlich.

netto	9 Pfd.	11.70
netto	5 Pfd.	7.00
netto	3X3 Pfd.	12.40
netto	2X3 Pfd.	8.50
netto	1X3 Pfd.	4.50

Nachnahme.
Frei Haus.

CHR. MARTENSEN, MARNE i. HOLST.
Postfach A 60

Ihr Vorteil bei uns ist, beste Ware zu äußerstem Preis

Oele, Lacke, Farben
und alle Bedarfsartikel
für Lackierungen und Anstriche
fachmännisch ausprobiert und, von anerkannter Güte, kaufen Sie am besten und preiswert bei der
Rohstoff-Genossenschaft der Maler
Blücherstr. 19. Geschäftszeit von 8—12 u. 2—5 Uhr. Fernr. 1611

Schablonen, Bohnerwachs, Salmiakgeist Rostschutzfarben, Isoliermittel geg. feuchte Wände

---

LOUIS MOSBERG's Arbeitsgarderoben „mit der Wasserwage"
sind allen voran

Verkauf zu Original-Preisen
Bekleidungs-Gesellschaft über der Epa

Sozialogische und schulpolitische Grundfragen der weltlichen Schule.
Nach Vorträgen von Prof. Max Adler und Dr. Kurt Löwenstein.
Preis nur 30 Pfg.
Buchhandlung
Halberstädter Tageblatt

Hühneraugenpflaster
auf grünem Samt.
Hühneraugen-Collodium z. Aufpinseln
Rats-Apotheke.

Frische **Walnüsse** (zum Schälen)
Maronen (Eß-Kastanien)
Melonen
Oporto-Zwiebeln (zum Füllen)
Maiskolben
empfiehlt
Paul Hampel Nchf.
Holzmarkt 4. Fernr. 1042.

Möbelpolitur
Rats-Apotheke.

Speise-Zwiebeln
gesunde, trockene Winterware, **20 Pfd. nur 1.—**, nur diese Woche.
Verkauf:
Walter Rathenaustraße 29,
Ecke Spiegelstr., Hof links

Frauen
fest alle das Buch von Luise Otto „Vorbeugen, nicht abtreiben". Ein Ratgeber für
Eheleute
und solche, die es werden wollen. Preis 0.80 Mark. Versand nach auswärts per Nachnahme 1.10 Mark.
Buchhandlung Halberstädter Tageblatt.

Verkaufe
Freitag und Sonnabend
Schmorfleisch
Gehacktes u. Wurst
Roßschlachterei
Wilhelm Vierstedt,
Thale am Harz.

Pelze
und
Pelz-Besätze
vom Billigsten zum Besten
von 3.25 Mark an
Adolf Garsuch
Schmiedestraße 2
Gegenüber dem Holzmarkt

Ago! Achtung! Ago!

Erste und größte Ago-Werkstatt.
Achtzehnte Ago-Werkstatt in der ganzen Welt.
Ago-Werkstatt seit 1912.
Höchste Leistungen fachmännischen Könnens
A. Seifert, Schuhmacherei
Elektrischer Großbetrieb. Sedanstraße 64/65, Laden.
Ago! Ago! Ago!
Niedrige Preise.

Lampenschirm-Gestelle!

30 cm	Durchmesser	.	1.00 RM.
50 „	„	.	2.25 „
60 „	„	.	2.50 „
70 „	„	.	3.00—3.25 „

Sämtliche Zutaten, sowie fertige Schirme billig.
Heinrich May, Halberstadt, Hoheweg 30/32

Gelegenheitskauf in Schlafzimmer

echt Eiche mit echtem Marmor und Innenspiegel, eigene Werkstattarbeit im Augenblick **ganz billig zu verkaufen.**
Paul Giesow,
Bauplan 24 **Tischlermeister,** Ecke Pfahlgasse

Junges fettes Rindfleisch Pfd. 0.90 Mark, Rouladen Pfd. 1.30 Mark, Gulasch Pfd. 1.00 Mark, Pr. Mastziegenhammelfleisch nur das Beste vom Besten Pfd. 0.40—0.50 Mark, Schafhammel-Fleisch Pfd. 0.60—0.90 Mk., Rinder-Leber, -Herz, -Lunge, -Euter, frisch und gekocht, harte Brotwurst Pfd. 1.10 u. 1.80 Mark, Landspeck Pfd. 1.20 Mark, Wasserleber Landwurst,
26 Franziskanerstraße 26

Weingarten 16.
Empfehle
Hausschlachtwurst
sowie Freitag und Sonnabend Stichfleisch, warm. Pökelkamm, Schmanze, Schmorwurst, Kotelett, Kamms u. Schinkenstücke.
Weingarten 16.

Junges Mädchen, 19 Jahr, **sucht Stellung** zum 1. Oktober im kleinen, frdl. Haushalt. Gute Zeugnisse vorhanden, in allen Arbeiten erfahren. Angeb. an **Helene Ahrens** z. Z. Goslar (Harz), Am heiligen Grabe 9

Wilde
Kaninchen
extra groß und frisch, billigst.
Rot- und Rehwild, zartes Wildschwein
ff. Bratenstücke
Pfund von Mk. **1.20** an
Rebhühner
täglich große Zufuhr
Junge fette Gänse
½ u. ¾ Gänse billigst
Suppenhühner, ja. Hähnchen, junge Tauben
in gr. Auswahl empfehlen
W. Heuke & Söhne,
Krebsscheere. Tel. 1785.

Uhren-Reparaturen
schnell, sauber, billig
Gustav Pfeiffer,
Uhrmacher,
Franziskanerstraße 34.

Wehrmann-Schnitzel-Seife
Es gibt nichts Besseres und Praktischeres für
Wasch-Maschinen und Kessel
½ Pfund 85 Pf.
½ Pfund 45 Pf.
5 Pfund 4 Mk.
In vielen Geschäften zu haben.
Gebrüder Gaih
Seifenfabrik
Schmiedestraße 32
Fischmarkt 8

Merz'sche Salbe gegen Flechten, Merz'scher Blutreinigungstee
Rats-Apotheke

Genossen!
Lest die Werke unserer Führer, wie Marx, Engels, Lassalle, Bebel, Liebknecht und Kautsky.
Sie sind teilweise als Broschüren erschienen und schon für wenige Pfennig zu haben.
Buchhandlung
Halberstädter Tageblatt

Eine Sensation auf dem Büchermarkt!
Einer der bedeutendsten Romane von Jacob Wassermann:
„Das Gänsemännchen"
Zum Preise von **2.85 Mark** in Ganzleinen
(Früherer Preis 10.— RM.)
Buchhandlung
„Halberstädter Tageblatt"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300926-13/fragment/page=0004

1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 226 — Freitag, den 26. September 1930 — 5. Jahrgang

Städtetag in Dresden.

Stellung der Städte im Staat. — Arbeitslosenversicherung und Gemeindehaushalt.

Dresden, den 26. September.

Die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages wurde heute in Dresden von Präsident Dr. Mulert eröffnet. Neben den Vertretern kleiner, mittlerer und großer Städte konnte Dr. Mulert zahlreiche Ehrengäste, unter ihnen Mitglieder der Reichsregierung, der preußischen Landesregierung, der sächsischen Regierung, Persönlichkeiten aus den Parlamenten des Reiches und der Länder, Vertreter der Wirtschaft, des Handels, der Wissenschaft und befreundeter Verbände begrüßen.

In seiner Ansprache

25 Jahre Deutscher Städtetag

führte Präsident Dr. Mulert etwa folgendes aus: Entstanden aus den Anregungen der Städtebauausstellung 1903 hat sich die Schicksalsgemeinschaft der im Deutschen Städtetag vereinigten Städte immer mehr gefestigt und einen bedeutenden Aufschwung genommen. Der Aufgabekreis des Städtetages hat sich mit dem gewaltigen Anwachsen der wirtschaftlichen und sozialen Nöte ganz außerordentlich erweitert. Aus den 144 Mitgliedstädten und 7 Städtebünden des Gründungsjahres mit einer Einwohnerzahl von 16,2 Millionen sind bis zur Gegenwart 27[illegible] unmittelbare Mitglieder mit 26,5 Millionen Einwohnern geworden, zu denen noch 913 unmittelbare Mitglieder mit 5,4 Millionen hinzukommen. Der Deutsche Städtetag erfaßt demnach 32 Millionen Menschen.

Die Stellung der Städte im Staat

hat sich in den letzten 25 Jahren, insbesondere aber in der Kriegs- und Nachkriegszeit, grundlegend gewandelt. Immer stärker wird die gemeindliche Arbeit durch Reichsmaßnahmen unmittelbar beeinflußt. Das Schicksal der Gemeinden ist ein allgemein deutsches Problem geworden. Das Mißverhältnis zwischen materiellen Einfluß des Reichs und formaler Zuständigkeit der Länder äußert seine unguinstige Auswirkung fast bei jedem die Gemeinden berührenden wichtigen Reichsgesetz und ist die Ursache für viele die Gemeinden einengenden Bindungen. Aufgabe des Deutschen Städtetages ist es, in der Mitarbeit bei Gesetzen und Verordnungen des Reichs, den Bedürfnissen der örtlichen Selbstverwaltung die notwendige Beachtung im einzelnen zu sichern, darüber hinaus aber darauf hinzuwirken, daß bei der kommenden Reichsreform die jetzigen Mängel im Reichsaufbau, auch, soweit sie die Gemeinden in der untersten Instanz betreffen, beseitigt werden und

damit den Gemeinden neben Reich und Ländern eine staatsrechtliche Stellung eingeräumt wird,

die sie voll zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben fähig macht. Der Städtetag läßt sich dabei von dem starken Gefühl staatspolitischer Verantwortlichkeit leiten. Die Staatsgesinnung der Städte gibt dem Staate, was des Staates ist. Die Bedürfnisse der örtlichen Gemeinschaft, die Initiative der städtischen Selbstverwaltung, ihre lebendige Zusammenarbeit mit allen Schichten der Bevölkerung und der Wirtschaft ertragen keinen dem Wesen der Selbstverwaltung fremden Zwang und verlangen ihrerseits Berücksichtigung.

Der Städtetag betrachtet es als seine Aufgabe, in gegenseitiger Verständigung durch entsprechende Fühlungnahme wirtschaftliche Fragen zu fördern und dabei die Bedürfnisse der Allgemeinheit zur Geltung zu bringen. Die gleichen Gesichtspunkte sind für ihn auch in allen Fragen der Wirtschaftspolitik maßgebend. Darum hat der Städtetag gegenüber allen Strömungen parteipolitischer und wirtschaftlicher Art sowohl das seinerzeit vorgeschlagene Kommunalisierungsgesetz als auch jede schematisierende Festlegung der wirtschaftlichen Betätigung der Städte abgelehnt. Nur aus den Bedürfnissen der örtlichen Gemeinschaft heraus ist es möglich, eine Entscheidung darüber zu treffen, welche wirtschaftlichen Aufgaben von einer Gemeinde in Angriff genommen und wie sie durchgeführt werden sollen. Umfang und Art der wirtschaftlichen Betätigung der deutschen Gemeinden haben durch Aufgaben der Kriegs- und Nachkriegszeit eine gewaltige Ausdehnung und Umschichtung erfahren. Diese Umbildung hat sich nicht ohne Auseinandersetzungen mit der Wirtschaft vollzogen. Die Gemeinwirtschaft soll aus sozialen und gemeindepolitischen Gründen im allgemeinen nur da eingreifen, wo dies im Interesse einer gleichmäßigen, sozial tragbaren und wirtschaftlich zweckmäßig aufgebauten Versorgung der Bevölkerung liegt, wo eine die Allgemeinheit fördernde, bessere volkswirtschaftliche Produktivität dadurch erzielt wird.

Die stärkste Einschränkung der Selbstverwaltung liegt nach wie vor auf dem Gebiete der Finanzen. Hier zeigt sich die Schicksalsverbundenheit von Reich, Ländern und Gemeinden am deutlichsten. Jede neue Reichsregelung wirkt sich bei der engen Verflechtung mit tief einschneidenden Folgen auch auf die Gemeindefinanzen aus. Ueber Einnahmeseite und Ausgabeseite entscheiden schließlich in Wirklichkeit nicht die Organe der örtlichen Gemeinschaften in eigener Verantwortlichkeit, sondern das Parlament des Reichs, die Parlamente der einzelnen Länder und daneben noch eine Anzahl von der Gemeindeverwaltung losgelöster Einzelstellen. Dadurch wurde der echte Kern der gemeindlichen Selbstverwaltung, die finanzielle Selbstverantwortlichkeit der Gemeinden immer mehr verwischt. Die selbstverantwortliche Beschlußfassung bei der Einkommensteuer ging durch das Reichsgesetz verloren, die Beweglichkeit der Realsteuern und der Werktarife erstarrte teils unter dem verstärkten Zugriff der Länder, teils infolge überhoher Inanspruchnahme. Staatspolitische wie dringendste kommunalpolitische Notwendigkeiten verlangen die Wiederherstellung echter finanzieller Eigenverantwortlichkeit. Das große Reformproblem hat hier einen seiner bedeutsamsten Kernpunkte.

Die Gemeinden müssen wiederum die Fähigkeit erhalten. Einnahmen und Ausgaben in eigener Verantwortlichkeit in ein richtiges Verhältnis miteinander zu bringen.

Es handelt sich um ein gesamtdeutsches Problem, ohne dessen Lösung die Reichsfinanzreform Stückwerk bleibt.

Die Erkenntnis, daß Gemeindenot auch Reichsnot ist, fängt an allgemein zu werden. Die Anspannung der Gemeindefinanzen hat den denkbar höchsten Grad erreicht. Können die Städte ihre Aufgaben auf sozialem, wirtschaftlichem, kulturellem Gebiet nicht mehr erfüllen, so sind damit auch die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Grundlagen nicht nur der Menschen zerstört, die ihr Leben in städtischer Umgebung verbringen müssen, sondern die des ganzen Volkes. Auch der Städter besitzt ein Lebensrecht. Das mögen namentlich auch alle die bedenken, die durch die Abdrängung der Städte vom Kapitalmarkt zugleich eine wirtschaftlich gerechtfertigte Besserung des Lebensstandards städtischer Bevölkerung hintanhalten.

Nach den Begrüßungsansprachen erteilte Oberbürgermeister Dr. Blüher-Dresden dem Oberbürgermeister Dr. Luppe-Nürnberg das Wort zu seinem Referat:

Arbeitslosenversicherung und Gemeindehaushalt.

Dr. Luppe führte etwa folgendes aus: Die rapide und unaufhörliche Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen in den letzten Monaten hat die Haushaltspläne aller Gemeinden über den Haufen geworfen und droht sich zur Finanzkatastrophe auszuwachsen. Vor dem Kriege waren deutsche Städte und Kommunalverbände die Schöpfer und Träger des öffentlichen Arbeitsnachweises, den sie auch allein finanzierten. Als man sich im Jahre 1926 entschloß, die Arbeitslosenfürsorge in eine Arbeitslosenversicherung umzuwandeln, wurde von vielen Seiten bei der ungünstigen Wirtschaftslage der Uebergang für verfrüht erklärt. Der Städtetag wies in einem Gegenentwurf zu der Regierungsvorlage auf die unlöslichen Zusammenhänge zwischen Arbeitsnachweis, Arbeitslosenversicherung und gemeindlicher Wohlfahrtspflege hin und erklärte sich bereit, auch weiterhin ein Drittel der Kosten des Arbeitsnachweises und ein Neuntel der Arbeitslosenfürsorge auf die Gemeinden zu übernehmen, wenn sie in der Hand der Gemeinden belassen würden. Alle Warnungen blieben vergeblich. Die seit dem Inkrafttreten des Gesetzes geäußerten Bedenken sind in einem geradezu erschreckenden Ausmaß Wirklichkeit geworden. Die meisten Gemeinden können in allernächster Zeit selbst mit kurzfristigen Krediten ihre Zahlungsfähigkeiten nicht mehr aufrecht erhalten.

Die für die Wohlfahrtserwerbslosen in den Etats vorgesehenen Beträge sind jetzt bereits verausgabt, für die nächsten Monate fehlen die Mittel, obwohl zahlreiche Städte bereits alle anderen Ausgaben rücksichtslos bis zur letzten Möglichkeit drosseln.

Die erste Forderung, die erhoben werden muß, ist also, daß den **Gemeinden sofort eine finanzielle Hilfe durch Entlastung von den Wohlfahrtserwerbslosen zuteil wird.** Die neuen Steuern können bestenfalls sonstige Einnahmeausfälle ausgleichen, die ungeheuren Mehrausgaben für die Wohlfahrtserwerbslosen bleiben ungedeckt und stellen die Gemeinden unmittelbar vor die finanzielle Katastrophe. Aus dieser gibt es nur den einen Ausweg,

die Krisenfürsorge nach Berufen und Zeitdauer unbeschränkt auszudehnen, solange die jetzige Wirtschaftskrise dauert.

Das Reich muß hierfür die Mittel aufbringen, die Abwälzung der Arbeitslosenlast auf die Gemeinden ist weder innerlich begründet, noch finanziell möglich. Ist zur Entlastung des Reichs nötig, in diesem Falle bei der Krisenunterstützung die Bedürftigkeitsprüfung nach den Grundsätzen der Wohlfahrtspflege durchzuführen, so sind die Gemeinden bereit, hierfür ihre Organisation und ebenso auch ihre Arbeitsfürsorge zur Verfügung zu stellen, aber selbstverständlich nur dann, wenn das Reich sie wenigstens von dem arbeitsfähigen und arbeitswilligen Teil der Wohlfahrtserwerbslosen völlig entlastet und sozusagen das eine Fünftel der Krisenfürsorge übernimmt, mit dem die Gemeinden nach wie vor ohne jeden inneren Grund belastet sind.

Für die Zukunft entsteht die ernste Frage, ob die Versicherung in ihrer jetzigen Form aufrecht erhalten werden kann. Die Hauptursachen der großen Arbeitslosigkeit, Weltwirtschaftskrise und Ueberalterung der Bevölkerung werden sich in absehbarer Zeit kaum wesentlich abschwächen. Eine weitere Herabminderung der Unterstützungssätze erscheint bei Aufrechterhaltung des Versicherungscharakters ausgeschlossen; schreitet man aber zur Herabsetzung der Unterstützungsdauer auf 16 oder 13 Wochen, so bedeutet das nur eine neue Verschiebung der Last auf die Gemeinden. **Die Versicherung steht täglich mehr nur noch auf dem Papier.** Nur die Hälfte der Arbeitslosen erhält heute noch Unterstützung von der Versicherung (rund 1,5 Millionen von 2,9 Millionen), 440 000 unterstützt die Krisenunterstützung, mindestens 650 000 die Wohlfahrtspflege, der Rest erhält wegen mangelnder Bedürftigkeit oder aus anderen Gründen keine Unterstützung. Aber auch bei den Unterstützten der Arbeitslosenversicherung erhält ein sehr großer Teil laufende oder einmalige Unterstützung von den Wohlfahrtsämtern.

Wenn man den Versicherungsgedanken retten will, um schließlich nur noch ein Viertel der Arbeitslosen trotz unerträglicher Beitragserhöhung zu erfassen, so muß doch die Versorgung der nicht von ihr Unterstützten einer völligen Neugestaltung unterzogen werden. Die Krisenfürsorge verliert ihren Sinn in dem Augenblick, wo eine Dauerkrise alle Wirtschaftszweige erfaßt. Die jetzige Dreiteilung (Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung) muß einer Zweiteilung Platz machen, da auch die Krisen- ebenso wie die Wohlfahrtsunterstützung ganz aus Steuermitteln finanziert wird, und da es keinen Sinn hat, in beiden Fällen für die Bedürftigkeitsprüfung ganz verschiedene Grundsätze

---

Desberry

Im Schatten des elektrischen Stuhls.

25. Fortsetzung. — Nachdruck verboten.

Diana seufzte. Es war ein ehrlicher Seufzer; insgeheim hatte sie gehofft, Calvin Fuller werde sich verraten; aber seine Nerven schienen aus Stahl und Eisen zu sein. Die ihren waren es nicht, und als sie plötzlich in Tränen ausbrach, waren es echte Tränen, die ihr über die Wangen flossen.

„Um Gottes willen, Diana, was fehlt dir? Weshalb weinst du?"

Calvin Fuller nahm sie in seine Arme und versuchte, sie zu beruhigen. Aber Diana schluchzte noch heftiger.

„Das ist nicht alles. Du hast mich bei Tisch gefragt, weshalb ich so blaß und traurig bin. Ich wollte es dir nicht sagen. Aber gestern nacht . . ."

„Noch ein Traum?" fragte Calvin Fuller etwas gereizt.

„Ja, ein entsetzlicher Traum. Ich sah den elektrischen Stuhl, alles war zur Hinrichtung vorbereitet. Eine Tür öffnete sich . . . der zum Tode Verurteilte trat ein . . ."

„Ich sagte dir doch, daß du dem Prozeß nicht beiwohnen sollst, das ist nichts für zarte Nerven."

„Ich habe keine zarten Nerven. In mein Grauen mischte sich Freude, daß der Verbrecher, der dem armen Jack ermordet hat, nun die gerechte Strafe erleiden wird. Dann aber . . . oh, Calvine . . . es war furchtbar. Der zum Tode Verurteilte setzte sich auf den elektrischen Stuhl, und jetzt sah ich sein Gesicht . . . Calvin, es war nicht David Gordon, du warst es, du, Calvin, du!"

Die letzten Worte glichen einem Schrei. Calvin Fuller schnellte auf; er war totenblaß geworden. Diana, ebenso blaß, wandte die Augen nicht von seinem Gesicht. Jetzt, jetzt muß er sich doch verraten! Sie hielt den Atem an. Ihr Herz pochte so stark, daß es sie schmerzte und sie einen Augenblick fast fürchtete, Calvin Fuller könnte es hören.

Aber Calvin Fuller war nicht umsonst der Enkel des eisenharten alten Lincoln, der Sohn des noch härteren Daniel.

„Liebste", sagte er und lachte, „was hast du gestern abend zum Diner gegessen?"

Diana starrte ihn an.

„Derartige Träume, Liebste, kommen nicht vom „zweiten Gesicht", sondern von der Verdauung. Verzeih, daß ich einem so zarten Geschöpf wie dir gegenüber über etwas so Unästhetisches rede, aber . . ."

Diana Langtrey biß die Zähne zusammen. Wieder ein Mißerfolg!

„Jetzt bist du mir böse, Calvin", sagte sie kläglich wie ein gescholtenes Kind. „Ich hätte dir meinen Traum nicht erzählen dürfen. Aber ich tat es ja nur, weil ich dich liebe, um dich Angst habe."

„Angst?" Der Herr von Fullersville lachte. „Um mich brauchst du keine Angst zu haben, Diana. Was könnte mir geschehen?"

„Ich weiß es nicht, Calvin, aber mich quält das unklare Gefühl, daß dir eine große Gefahr droht."

„Jetzt nicht mehr."

Diana Langtrey fühlte, daß sie am ganzen Körper zu zittern begann. „Jetzt nicht mehr". Was wollte er damit sagen? Waren ihm die Worte entschlüpft, hatte sie es dennoch erreicht, daß er die Nerven verlor?

„Jetzt nicht mehr?" wiederholte sie. „Was willst du damit sagen?"

Waren Calvin Fuller die Worte tatsächlich entschlüpft, so wußte er seinen Fehler sofort wieder gutzumachen.

„Solange David Gordon frei war, drohte mir das gleiche Schicksal wie meinem armen Bruder. Auch ich konnte in einer dunklen Nacht hinterrücks erschossen werden."

Diana Langtrey schwieg. Sie fühlte Müdigkeit und Verzagtheit. Wie sollte sie gegen diesen Menschen aufkommen?

*

Fräulein Diana Langtrey wohnte seit zwei Tagen im Hotel Astoria. In ihrer Villa war etwas an der Heizung in Unordnung geraten, und die Reparatur würde etwa vier bis fünf Tage in Anspruch nehmen. Das zumindest hatte der freundliche Installateur erklärt. Installateure pflegen immer langsam zu arbeiten, und dieser schien keine Ausnahme zu bilden. Er machte auch sonst einen etwas seltsamen Eindruck: ihm fehlte anscheinend die gebührende Achtung vor Höhergestellten, denn als er sich mit Fräulein Diana Langtrey allein im Salon befand, rauchte er gemütlich eine Zigarette und sagte:

„Mache dir keine Sorgen, Genossin. Vor einer Woche brauchst du nicht in die Villa zurückzukommen. Ich weiß schon!"

Ein Installateur, der einer Dame der Gesellschaft „du" sagt! Die unteren Klassen wissen wirklich nicht mehr, wohin sie gehören!

Diana Langtrey zog also in das elegantste Hotel der Stadt, in jenes, das auch die Ehre hatte, den illegalen Alkoholhändler aus Kanada zu beherbergen. Merkwürdigerweise wohnte sie mit ihrem Landsmann sogar im gleichen Stockwerk. Es ist eine Eigenheit der Luxushotels, daß die Zimmer sehr gut, die Korridore hingegen sehr schlecht erhellt sind. Wahrscheinlich nimmt die Hotelleitung auf die Schamhaftigkeit der Damen Rücksicht. Und schließlich geht es ja auch niemanden etwas an, wer des Nachts zu wem ins Zimmer huscht.

Als Brian O'Keefe gegen zwei Uhr nachts mit der Geräuschlosigkeit eines geübten Einbrechers eine Tür öffnete, die nicht die seines Zimmers war, fand er eine äußerst entmutigte und betrübte Diana vor.

„Ich hielt mich für so klug, Brian", klagte sie. „Glaubte, ich sei eine ausgezeichnete Schauspielerin. Aber ich sage dir, so wie heute abend habe ich noch nie gespielt — und alles war vergeblich. Dem Mann ist nicht beizukommen."

Brian O'Keefe runzelte die Stirn; er befand sich in einer peinlichen Lage. Wie kann ein Mann, der eine Frau liebt, und von ihr geliebt wird, dieser Frau den Rat geben, einen anderen Liebhaber noch mehr zu ermutigen? Der Mann und der Klassenkämpfer befehdeten einander im Herzen des Reporters. Aber der Klassenkämpfer siegte.

„Du mußt den Kerl noch verliebter machen, Diana."

Sie seufzte.

„Mir graut, wenn er mich anrührt."

„Es handelt sich hier um ein Menschenleben."

„Ich weiß. Werde ja alles tun. Brian, er redet immer schon von der Hochzeit."

„Gehe auf alles ein. Wir haben nur noch achtzehn Tage. Bis dahin muß er zum Geständnis gezwungen werden."

„Könnt ihr ihn nicht überführen?"

„Ausgeschlossen. Er hat alle Spuren verwischt. Einige der unsern versuchten, aus seiner Dienerschaft herauszukriegen, um wieviel Uhr er in jener Nacht tatsächlich heimkam. Es waren nur noch der erste und der zweite Diener auf. Die schwören beide, es sei halb zwölf gewesen. Der Kammerdiener behauptet, er habe, als das Auto vor dem Haus hielt, auf die große Uhr in der Halle gesehen — die Zeiger standen auf halb zwölf. Und der zweite Diener, der Calvin Fuller eine Flasche Mineralwasser ins Rauchzimmer brachte, erklärt, die Uhr auf dem Kaminsims habe fünf Minuten nach halb zwölf gezeigt. Die Leute können Calvin alle nicht leiden; ob er sie bestochen hat, oder . . ."

„Brian!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300926-13/fragment/page=0005

aufzustellen und die Arbeitspflicht nur bei der Wohlfahrtsunterstützung festzulegen.

Grundsätzlich muß der Reichsfinanzausgleich die Gemeinden instandsetzen, diese Lasten zu tragen.

Bis zu einer endgültigen Regelung muß das Reich sich an der Beseitigung krisenhafter Notstände nach Maßgabe der Aufwendungen beteiligen. Unangebar sind Vorschläge, die den Zuschuß des Reiches auf eine Höchstsumme oder feste Dotationen begrenzen wollen. Man wird daher einen objektiven Maßstab für die Zuschüsse des Reiches suchen müssen, der sich etwa an die Zahl der ausgesteuerten Arbeitslosen, besser der gemeldeten Arbeitslosen in der Gemeinde anschließt (z. B. 80 Prozent) und etwa vier Fünftel der für einen Arbeitslosen durchschnittlich erforderlichen Kosten umfaßt.

Die Gemeinden haben sich nie geweigert, einen Anteil an den Kosten für die Arbeitslosen mitzutragen, da sie immer der Meinung waren, daß auf lange Zeit hinaus aus Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer allein die Versorgung der Arbeitslosen nicht erfolgen könne und auch örtliche Gesichtspunkte den Umfang der Arbeitslosigkeit beeinflussen.

In der örtlichen Instanz muß die Einheitlichkeit wieder hergestellt werden. Der örtliche Arbeitsnachweis muß in engster Verbindung mit der Versicherung wie mit der Fürsorge stehen und dem muß organisatorisch Rechnung getragen werden. Die einheitliche Reichsanstalt mit ihrem Risikoausgleich mag bestehen bleiben, in der örtlichen Instanz müssen aber Gemeinden und Gemeindeverbände wieder eingeschaltet werden, damit der jetzige Interessengegensatz verschwindet und der gesamte Apparat vereinfacht wird.

WERNIGERODE

Gedenktage.

26. September.

1815 „Heilige Allianz". — 1866 Gründung der Nationalliberalen Partei. — 1868 Allgemeiner Deutscher Arbeiter-Kongreß in Berlin. — 1905 Generalstreik russischer Eisenbahner. — 1915 †Englischer Sozialist Keir Hardie. — 1918 †Kulturphilosoph G. Simmel. — 1928 Pulverexplosion bei Melilla, Marokko (71 †).

Die Durchführung der Negersteuer in Preußen.

Entwurf eines Ausführungsgesetzes.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat das Preußische Staatsministerium dem Staatsrat den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 nebst Begründung zugesandt mit der Bitte, die gutachtliche Aeußerung des Staatsrats mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Vorlage möglichst bald herbeiführen zu wollen. Dieser Gesetzentwurf zur Durchführung der Gemeindebiersteuer, Gemeindegetränkesteuer und Bürgersteuer sowie zur Abänderung des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes umfaßt drei Artikel. Durch Artikel II wird der § 6 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes abgeändert. Artikel III bestimmt, daß das Gesetz mit Wirkung vom 28. Juli 1930 in Kraft tritt und mit seiner Ausführung der Minister des Innern und der Finanzminister beauftragt werden. Am wichtigsten sind die Bestimmungen über die Bürgersteuer in Artikel I, der nachstehend im Wortlaut folgt:

§ 1. Als Landessatz der Bürgersteuer werden die in § 5 des Zweiten Abschnitts der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 bestimmten Mindestbeträge festgesetzt. In selbständigen Gutsbezirken wird die Bürgersteuer nicht erhoben.

§ 2. Die Einführung der Bürgersteuer erfolgt durch Gemeindebeschluß. Der Beschluß bedarf der Genehmigung und Zustimmung. Auf die Genehmigung und Zustimmung finden die Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes Anwendung.

§ 3. (1) Wenn die Gemeinde einen Beschluß über die Höhe der Realsteuern gefaßt hat, der die Verpflichtung zur Einführung der Gemeindebiersteuer, der Bürgersteuer oder beider Steuern zur Folge hat, ohne gleichzeitig die Einführung zu beschließen, oder wenn die Verpflichtung mangels rechtzeitiger Beschlußfassung eintritt, so kann die Aufsichtsbehörde mit Zustimmung der Beschlußbehörde diese Steuern einführen. Alsdann gilt für die Gemeindebiersteuer die von dem Minister des Innern und dem Finanzminister festgestellte Mustersteuerordnung als örtliche Steuerordnung bis zum Beginn des Monats, der auf die endgültige Beschlußfassung der Gemeinde über die Realsteuerzuschläge für das nächste Rechnungsjahr oder deren Festsetzung durch die Aufsichtsbehörde folgt. —

(2) In entsprechender Weise kann soweit es zum Ausgleich des Haushalts der Gemeinde erforderlich ist die Aufsichtsbehörde mit Zustimmung der Beschlußbehörde die Gemeindebiersteuer, die Gemeindegetränkesteuer und die Bürgersteuer oder einzelne dieser Steuern einführen.

§ 4. Wird mit einem Rechtsmittel gegen die Heranziehung zur Bürgersteuer lediglich die Verletzung landesrechtlicher Vorschriften geltend gemacht, so finden die Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes über die Rechtsmittel, die Rechtsmittelbehörden und das Rechtsmittelverfahren Anwendung.

§ 5. Soweit die Heranziehung zur Bürgersteuer, ihre Erhebung und Beitreibung und das Verwaltungsstrafverfahren den Gemeinden obliegt und reichsrechtliche Vorschriften nicht entgegenstehen, finden die Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes über direkte Steuern Anwendung.

Köhl in Wernigerode.

Der außerordentlich rührige Wernigeröder Verein zur Förderung der Luftfahrt hat es ermöglicht, daß Hauptmann Köhl zu einem Vortrag über seine Erlebnisse bei seinem Amerika-Flug nach Wernigerode kam. Der Empfang gestern nachmittag gestaltete sich zu einer großen Kundgebung für den Flieger. Tausende von Menschen hatten sich in den Straßen aufgestellt, um den Mann, dem es gelang, den Ozean von Ost nach West als Erster zu überqueren, zu sehen. Vom Neustädter Tor aus ging es unter Vorantritt der Gymnasialkapelle durch die Stadt nach dem Marktplatz, wo der 1. Bürgermeister Dr. Gepel den Flieger auf das herzlichste von der Rathaustreppe herunter im Namen der Stadt begrüßte. Zuvor hatte des Bürgermeisters Töchterlein dem Flieger einen großen Strauß prächtiger Rosen überreicht.

Die Abendveranstaltung im Kurhaus, in der Köhl über die Schwierigkeiten der ganzen Veranstaltung in recht anschaulicher Weise sprach, war derart überfüllt, daß der Saal polizeilich abgesperrt werden mußte. Der Vorsitzende des Wernigeröder Luftfahrtvereins, Herr Niewerth, begrüßte den Gast. Köhl gab dann ein anschauliches Bild all der Widerwärtigkeiten und Hemmnisse die dem Flug auch von den Behörden entgegen gesetzt wurden und wie es dann doch gelungen war, trotz des Startverbotes, heimlich und unbemerkt die große Reise anzutreten. Am 12. April 1928, vier Tage vor seinem 40. Geburtstage, gelang dann in Irland unter erschwerten Umständen der Start. In 2600 Meter Höhe durchraste das Flugzeug, vorzüglich funktionierend, den Raum. Eingehüllt vom Nebel und Sturm, waren die Flieger oft den Gefahren ausgesetzt, abzustürzen. Und doch war ihnen das Glück hold; alle Gefahren überwindend, oft vom Schlafe übermannt, gelang es dann nicht nur dem Atlantik, sondern auch dem weißen Tod zu entrinnen. Nach 36½stündiger Fahrt landete das Flugzeug dann bei dem Leuchtturm in Green Island. Zum Glück war in nur zwei Kilometer Entfernung vom Leuchtturm eine Funkstation, die der Welt Kunde gab von dem geglückten Fluge. In einem Siegeszuge bereitete das amerikanische Volk unseren Helden einen Empfang, der unvergessen bleiben wird. In gleicher Weise wurden die Helden dann auch in der Heimat beglückwünscht, nachdem sie mit dem Schiff wieder in Deutschland gelandet waren.

Eine Reihe guter Lichtbilder ergänzte das gesprochene Wort. Nicht endenwollender Beifall begleitete dann den Redner, der mit einer seltenen Frische in außerordentlich klarer Weise seinen zweistündigen Vortrag zu Gehör brachte.

— **Ortsausschuß der Gewerkschaften.** Am Montag findet die Sitzung des Ortsausschusses der Gewerkschaften statt. Zu dieser Sitzung müssen unter allen Umständen sämtliche Gewerkschaften ihre Vorsitzenden delegieren, oder wenigstens dafür Sorge tragen, daß ein Vorstandsmitglied an dieser teilnimmt. Als selbstverständlich wird angesehen, daß die Delegierten restlos vertreten sind. Heute Freitag findet eine Vorstandssitzung des Ortsausschusses um 20 Uhr statt.

— **Theaterbund.** Nochmals sei auf den genußreichen Winterspielplan, den der „Theaterbund" vermittelt, hingewiesen. Es werden monatlich zwei Aufführungen gebracht, — zumeist vom Stadttheater Halberstadt —, und zwar 6 Operetten, 6 Schau- und Lustspiele, ein Opernabend und ein Gastspiel prominenter Berliner Künstler. — Da die erste Anrechtvorstellung „Charleys Tante" bereits am Montag stattfindet, so sei empfohlen, sich baldigst Plätze zu sichern. Auch der freie Vorverkauf im Zigarrengeschäft Ramme und Papierhandlung Schaufhäuser, wo auch die Einzeichnungslisten ausliegen, hat begonnen.

— **Zur Lönsfeier auf dem Brocken** will die Harzquerbahn einen Zug nach dem Brocken fahren lassen. Der Zug fährt 16.45 Uhr. Meldungen müssen bis heute 19 Uhr bei Buchhandlung Schulze oder Volksbuchhandlung abgegeben werden. Fahrpreis 3.80 Mk. Hin- und Rückfahrt 4.50 Mk.

Kreis Wernigerode.

Ilsenburg, 26. September. Von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Ilsenburg wird uns geschrieben: Zur Zeit kursieren in der Bevölkerung Gerüchte über Unterschlagungen bei unserer Krankenkasse. Es werden auch schon ganz konstante Zahlen genannt. Man will wissen, daß die Kasse um erhebliche Beträge geschädigt ist. An diesen Gerüchten ist wahr, daß die Krankenkasse mit ihren Beitragsabführungen an das Landesarbeitsamt in Rückstand gekommen ist. Jedoch ist es der Krankenkasse inzwischen möglich gewesen, ihren Zahlungsverpflichtungen dem Landesarbeitsamt te gegenüber bis auf einen Restbetrag nachzukommen. Es ist zu erwarten, daß im Laufe des nächsten Monats dieser geringe Rückstand abgetragen werden kann. Im übrigen liegen Gründe zu irgendwelchen Befürchtungen wegen der Finanzlage der Krankenkasse nicht vor. Von dem Landesverband Sachsen-Anhalt des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen sind sämtliche Rechnungsunterlagen der Krankenkasse von 1924 ab einer eingehenden Revision unterzogen worden. Der sehr umfangreiche Bericht liegt vor. Der Revisionsverband hat in der Sitzung vom 22. September dem Vorstand der Krankenkasse den vorliegenden Bericht noch mündlich erläutert. An der Vorstandssitzung nahm auf Einladung ein Vertreter der Aufsichtsbehörde teil. Aus dem Bericht des Revisionsverbandes geht hervor, daß außer technischen Mängeln in der Verwaltung zahlreiche Buchungs- und Rechnungsfehler zu rügen sind. Der frühere Geschäftsführer Brunn, sowie der Geschäftsführer Franke haben sich unterschriftlich bereit erklärt, den dadurch entstandenen Schaden, soweit die Beanstandungen des Revisionsverbandes nicht noch aufgeklärt werden, zu decken. Jedenfalls wird der Krankenkasse ein Schaden nicht entstehen. Entsprechende Sicherheiten sind der Krankenkasse von den verantwortlichen Geschäftsführern gegeben worden. Um eine ordnungsmäßige und tadellose Verwaltung der Krankenkasse sicher zu stellen, hatte der Kassenvorstand die Verwaltungsgeschäfte während der Beurlaubung des Herrn Franke, Herrn Kottwitz, einem Angestellten der Revisionsabteilung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, übertragen. Da Herr Kottwitz infolge Uebertragung einer Stelle als Revisor eines Krankenkassenverbandes Ilsenburg verläßt, wurde mit der Weiterführung der Geschäfte bis zur endgültigen Regelung Herrn Keck von der Revisionsabteilung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt betraut. Weiter hat der Kassenvorstand in seiner letzten Sitzung beschlossen, dem bisherigen Geschäftsführer die Stellung zu kündigen. Sobald die Revisionsarbeiten des Landesverbandes endgültig abgeschlossen sind, wird der Ausschuß einberufen und der vollständige Bericht vorgelegt werden.

Aus Halberstadt.

Aus dem Halberstädter Gerichtssaal.

Die verführerischen Kupferkessel.

In einer stillgelegten Fabrik in Oschersleben standen noch einige Kupferkessel. Der Angeklagte H., der nach seinen Angaben in bittere Not geraten war, hatte diese Kessel gestohlen, um mit dem Erlös seiner Not zu steuern. Bei seiner ersten polizeilichen Vernehmung hatte er zugegeben, daß er die Kessel des Nachts aus der Fabrik geholt habe. Vor Gericht widerrief er dies Geständnis und behauptete, er habe die schon zerschlagenen Kupferkessel in einem Walde gefunden. Aber das war ein mutloses Beginnen, denn auch, wenn dieser Sachverhalt richtig sein sollte, lag Diebstahl vor. Das Urteil lautete auf 4 Monate Gefängnis.

Ein zweifelhaftes Urteil aufgehoben.

Vom Amtsgericht war der Bergarbeiter H. aus Unseburg wegen Diebstahls im Rückfall zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er soll 50 Bretter von der Grube, auf der er beschäftigt war, gestohlen haben. Daß auf der Grube Bretter gestohlen waren, stand nicht einmal fest. Der Angeklagte ist auch von niemandem bei dem angeblichen Diebstahl gesehen worden, während er nachweisen konnte, daß er vor zwei Jahren eine ganze Menge solcher Bretter gekauft hatte. Das zweifelhafte Urteil des Amtsgerichts wurde von der Halberstädter kleinen Strafkammer aufgehoben und der Angeklagte wegen mangelnder Beweise freigesprochen.

Nachwehen einer Turnerfahrt.

Einige junge Berliner hatten im vergangenen Sommer eine fidele Turnerfahrt in den Harz unternommen. Es ging dabei recht heiter und fidel zu, auch wurde manchem edlen Tropfen zugesprochen. Aber für einen der Teilnehmer sollte der Tag noch unangenehme Folgen haben. Er saß in einem Lokal in Schierke auf einem Nebentisch ein kleines Paket, gefüllt mit Ostereiern und Pralinen, liegen und nahm es an sich, angeblich aus Scherz. Wegen dieser Bagatelle erhob man gegen den jungen Mann Anklage wegen Diebstahls. Das Gericht wollte den Angeklagten auch vor den Makel einer Vorstrafe bewahren und das Verfahren wegen Geringfügigkeit einstellen, was durchaus angebracht war. Merkwürdigerweise gab jedoch der Oberstaatsanwalt hierzu nicht seine Zustimmung, so daß das Gericht tatsächlich gezwungen war, den jungen Mann zu einer Geldstrafe zu verurteilen.

Und alles fährt Motorrad . . .

Das Motorrad ist heute die große Mode. Ueberall werden solche knatternden Maschinen auf Stottern gekauft. Gar so mancher kann nachher die Ratenzahlungen nicht einhalten. Ein junger Angeklagter aus Quedlinburg hatte dazu noch das Malheur, daß er angeblich auf einer Fernfahrt einen Unfall hatte, wodurch das Rad transportunfähig wurde. Weil er angeblich kein Geld zur Reparatur und zur Rückfahrt mit der Bahn hatte, will er das Rad, das noch nicht sein Eigentum war, verkauft haben. Dafür muß er nun zwei Monate ins Gefängnis.

---

* **Errichtung einer Gleichrichterstation.** Die Stadtverordnetenversammlung wird sich in der nächsten Sitzung mit folgender Vorlage des Magistrats beschäftigen: „Durch die Kabelbrände auf dem Breiteweg und Hohenweg hat sich herausgestellt, daß die Ueberalterung der Gleichstrom-Speisekabel bedenklich weit fortgeschritten ist. Die Umstellung auf Drehstrom muß wegen der Finanzlage der Stadt auf längere Jahre verteilt werden, so daß die Umstellung erst allmählich eintritt. Um die Möglichkeit des Zusammenbruches des Gleichstromnetzes zu vermindern, die bei einem Kabelbrand in den Wintermonaten während der Lichtspitze eintreten könnte, erscheint es zweckmäßig, eine behelfsmäßige Gleichrichterstation in der Stadtmitte aufzustellen. Eine gleiche Einrichtung war bereits vor einigen Jahren am Breitetor getroffen. Die Verwaltung der Städtischen Werke schlägt vor, in ähnlicher Weise bis Ende Oktober dieses Jahres am Speisepunkt Martinipfan eine derartige behelfsmäßige Gleichrichterstation einzurichten, die an das in der Nähe vorbeiführende Hochspannungskabel angeschlossen werden könnte und 300 Amp. = 165 Kw. liefern würde. Durch Verhandlung mit dem Gemeindekirchenrat der Martinigemeinde wird den städtischen Werken ein Platz auf dem Pfarrhofe gegen geringes Entgelt zur Verfügung gestellt, wo sich dann auch in einfachster Weise der Anschluß an den unmittelbar in der Nähe gelegenen Gleichstrom-Speisepunkte ermöglichen läßt. Die Kosten für diese Station betragen 29 700 Mark." —

* **Personalie.** Der Organist des Halberstädter Doms, Joh. Korb, tritt nach 36jähriger erfolgreicher künstlerischer Tätigkeit am 1. Oktober in den Ruhestand. Aus diesem Anlaß ist ihm vom Kirchensenat des Evangelischen Oberkirchenrats der Titel Kirchenmusikdirektor verliehen worden. An Stelle von Korb wird Gerock (Württemberg) das Organistenamt übernehmen.

* **Ausschluß der kommunistischen Jugendgruppe aus dem Ortsausschuß für Jugendpflege.** Auf Grund eines Ministerialerlasses sah sich das Jugendamt veranlaßt, die kommunistische Jugendgruppe aus dem Ortsausschuß für Jugendpflege auszuschließen und ihr die Vergünstigung des Aufenthalts in der Marie Hauptmann-Stiftung zu entziehen. — Der Erlaß des Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt hat folgenden Wortlaut: „Im Einvernehmen mit dem Herrn Preußischen Minister des Innern bestimme ich unter Bezugnahme auf meinen Runderlaß vom 18. August 1927 — III C 47 —, daß den kommunistischen und nationalsozialistischen Jugendorganisationen die Aufnahme in die Bezirks-, Kreis- u. Orts(Stadt)-ausschüsse für Jugendpflege zu versagen ist, gegebenenfalls ist ihr Ausschluß zu veranlassen."

* **Straßensperrung.** Die Hauptverkehrsstraße Pfeifenkrug—Wernigerode ist bis zur Einmündung der Derenburger Straße vorläufig gesperrt. Die Umleitung der Strecke Blankenburg—Wernigerode erfolgt über Heimburg durch das „Teufelsbad", von Halberstadt her über Derenburg.

* **Der Stand der preußischen Sparkassen im August 1930.** Nach Mitteilungen der Deutschen Sparkassenzeitung betrug der Bestand der Preußischen Sparkassen Ende August 1930 6 146,4 Mill. RM. Die Einzahlungen beliefen sich auf 355,3 Mill. RM., die Auszahlungen auf 303,3 Mill. RM. Der Zuwachs betrug also im August 52,0 Mill. RM. Im Giro- usw. Einlagenverkehr war der Stand am Ende Juli 963,6 Mill. RM., und Ende August 979,0 Mill. RM.

* **Der Dessauer Kinderchor kommt nach Halberstadt.** Der nicht mehr unbekannte Dessauer Kinderchor, bekannt durch seine Erfolge in den verschiedensten Orten Deutschlands wie Leipzig, Halle, Magdeburg, Chemnitz, Hannover, Düsseldorf, Dortmund, Kassel, Bonn, Wiesbaden usw., gibt anläßlich seiner diesjährigen Konzertreise nach dem Harz, auch in unserem Orte ein Konzert. Am Sonntag, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, singt er im Elysium. Es bietet sich für alle unsere Musikfreunde ein genußreicher Abend, den niemand versäumen sollte. Der Eintrittspreis versteht sich im Vorverkauf für 50 Pfennig, an der Abendkasse 75 Pfennig. Karten im Vorverkauf sind zu haben in sämtlichen Konsumlägern sowie in der Buchhandlung von Beinert, Holzmarkt 3, und bei den Mitgliedern des Volkschor. Außerdem fehlen zur Aufnahme der Dessauer Kinder noch Freiquartiere. Sangesfreunde, welche gewillt sind, Kinder für eine Nacht Quartier zu geben, werden gebeten, ihre Adresse beim Vorsitzenden des Volkschors, Paul Schulze, Hunstr. 10, abzugeben.

Spielplan der Halberstädter Lichtspieltheater

— **Lichtschauspielhaus.** Bis nur einschl. Montag die erste 100-prozentige Tonfilm-Posse „Lumpenball". Ferner: Das Philharmonische Orchester Newyork spielt die Ouvertüre zur Oper „Tannhäuser", „Fünf Minuten Zirkusluft", „Prominente im Käfig", „Lachterzeit".

— **Kammer-Lichtspiele.** Bis Montag „Liebe und Champagner". Ferner der Reiseabteuerfilm „Ohne Geld um die Welt". Sonntag nachmittag 2 Uhr in der Jugendvorstellung „Ohne Geld um die Welt" und drei Lustspiele

J&K
Unsere
Herren-Maß-Schneiderei
bietet bei größter Preiswürdigkeit
Gewähr für Qualität und Sitz.
Die neuesten Stoffe für Herbst und Winter sind eingetroffen.
Ihlefeldt&Kramer
G. m. b. H.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300926-13/fragment/page=0006

Mitteldeutsche Rundschau.

700jährige Glocke gesprungen.

Goslar. Die Glocke der alten Bergmannskirche auf dem Frankenberge, die 700 Jahre lang ihrer Gemeinde diente, ist durch einen Sprung untauglich geworden. Für ihre Erhaltung ist durch den Denkmalsschutz gesorgt. Die Frankenberger Gemeinde erhält eine andere neue Glocke, die bereits in Anwesenheit von 45 Kirchenausschuß- und Gemeinemitgliedern gegossen worden ist und demnächst feierlich eingeholt werden wird.

Schüsse aus Eifersucht.

Osterode. Wegen einer Motorradfahrt, die sie mit dem Arbeiter Freiberg unternommen hatte, stellte der 30jährige Bergmann Fentrich in Herten seine Frau zur Rede. Bei der Auseinandersetzung war auch Freiberg zugegen. Fentrich geriet in große Erregung, ergriff seine Pistole und gab auf Freiberg sowie auf die Frau mehrere Schüsse ab. Beide wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus überführt werden mußten. Der Zustand Freibergs ist hoffnungslos. Fentrich stellte sich selbst der Polizei.

Leichenfund im Getreidediemen.

Leitzkau. Ein grausiger Leichenfund wurde in einem Getreidediemen zwischen den Dörfern Leitzkau und Schora (Kr. Jerichow I) gemacht. Dazu erfahren wir folgende Einzelheiten: Der an dem Getreidediemen beschäftigte Landwirt wurde durch einen durchdringenden Verwesungsgeruch aufmerksam und fand beim näheren Nachforschen die schon stark in Verwesung übergegangene Leiche eines Mannes. Schon die Lage des Toten, er lag mit den Füßen nach der Innenseite des Diemens, ließ die Vermutung aufkommen, daß es sich um ein Verbrechen handelte. Die eingehenden Untersuchungen der sofort alarmierten Mordkommission der Landeskriminalpolizei in Magdeburg ergaben, daß die Leiche schon etwa 6 Wochen in dem Diemen gelegen haben muß. Für diese Annahme spricht auch, daß man bei ihr eine Zerbster Zeitung mit dem Datum des 10. August vorfand. Es wurde weiter festgestellt, daß der Mann aus einem Jagdgewehr aus einer Entfernung von 40—45 m eine Schrotladung in den Rücken erhalten hat, durch die fast der ganze Rücken verletzt wurde. Die Obduktion muß ergeben, ob diese Verletzungen den Tod zur Folge hatten oder ob der Mörder sein Opfer nach dem Schuß noch mit einem um den Hals geschlungenen Tuch erwürgt hat. Die bei dem Toten vorgefundenen Papiere und Aufzeichnungen haben bis jetzt noch keine Aufklärung darüber bringen können, um wen es sich handelt. Es wurden Namen verschiedener Bitterfelder Einwohner gefunden, die dort noch heute leben. Keiner von diesen Personen wird vermißt. Weiter ging aus Aufzeichnungen hervor, daß der Tote Mitglied der Kommunistischen Partei gewesen ist. Auch seine Kleidung weist darauf hin. Hierbei ist noch zu bemerken, daß dem Toten Hose und Strümpfe fehlten, die auch trotz eifrigen Suchens in dem Diemen nicht aufgefunden werden konnten. Aus verschiedenen Abzeichen, die an der Jacke gefunden wurden, war weiter zu ersehen, daß der Tote an dem Ostertreffen der KPD. in Leipzig und auch an einer Fahrt nach Berlin teilgenommen hatte. Ueber das Motiv zu der Tat haben sich bisher nicht die geringsten Anhaltspunkte ergeben. Es steht noch nicht fest, ob es sich um einen politischen Mord handelt oder ob vielleicht ein Wanderbursche als Täter in Frage kommt.

Das Schuldkonto des Raubmörders Lüdecke wird immer größer.

Elsterwerda. Eine schnelle Aufklärung hat der Mord gefunden, auf dessen Spuren man vor einigen Tagen durch die Auffindung einer Leiche im Kraupaer Forst gekommen war. Dort wurde, wie erinnerlich ist, von zwei Frauen beim Heidekrautsuchen die schon stark in Verwesung übergegangene Leiche eines Mannes gefunden, der nach dem gerichtsärztlichen Befund durch eine schwere Verletzung am Hals zu Tode gekommen war. Da die Leiche bereits mehrere Monate gelegen haben mußte, waren Feststellungen am Fundort über die Persönlichkeit des Täters und des Toten nicht möglich. Die Verfolgung der Angelegenheit ließ aber bei Gericht bald den Verfuch aufkommen, daß es sich bei dem Mord um den gleichen Täter handeln müsse, der vor einigen Wochen im Forst bei Lebusa im Kreise Schweinitz einen Handwerksburschen auf ähnliche Weise umgebracht hat. Der Verbrecher war damals verhaftet und nach Torgau ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Im Laufe weniger Tage hatte man ihm drei Raubmorde nachweisen können, die er immer auf der Wanderschaft in verschiedenen Gegenden Mitteldeutschlands begangen hat. Alle seine Opfer hat er durch Schläge mit einem Knüppel über den Kopf oder über die Wirbelsäule getötet. Diese Tatsache führte jetzt zu der Ermittlung, daß Lüdecke, so heißt der Schwerverbrecher, auch die Mordtat bei Kraupa begangen haben müßte. Lüdecke hat auf Vorhalten auch die Tat gestanden und zugegeben, daß er mit dem Ermordeten, einem gewissen Schmidt aus Zauchwitz (Sachsen) in der ersten Junihälfte den Kreis Liebenwerda bettelnd durchwandert habe. Zwischen dem 6. und 8. Juni hätten sie in Kraupa gebettelt und dort Brot erhalten. Im Walde bei Kraupa sei er dann über Schmidt hergefallen, habe ihm mit einem Knüppel, wohl während er schlief, wuchtig über den Hals geschlagen und so getötet. Geraubt hat Lüdecke nach seinen Aussagen dem Schmidt nichts als ein Stückchen Brot, das dieser noch von der Bettelfahrt in Kraupa her im Rucksack hatte. Die Untat will Lüdecke am hellichten Tage begangen haben.

einer Stunde gegabt, was zu zahlreichen Beschwerden geführt hat. Die Direktion der Ostbahn hüllt sich vorläufig noch in tiefes Schweigen über ihre Absichten. Sie teilt nur mit, daß die Beamten mit den neuen elektrischen Signalapparaten noch schlecht vertraut wären, was die Verspätung der Züge zur Folge gehabt habe.

„Ich hatte doch noch einen Aufnahmeschein in der Brieftasche . . . .“

Unangenehme Situation:
Dieser Funktionär will ein neues Mitglied in die Sozialdemokratische Partei aufnehmen und hat keine Beitrittserklärung zur Hand.
Nun, er wird sich mit einem Stück Papier zu helfen wissen.

Immerhin:

Hast Du auch stets Aufnahmescheine in der Tasche? Sieh nach und besorge Dir eventuell einige vom Parteikassierer. Denk' immer daran, unsere Hauptaufgabe ist jetzt:

Mehr Mitglieder für die Sozialdemokratie!

Aus Oschersleben.

o. **Impftermine.** Wir machen auf die in der heutigen Ausgabe erscheinende Bekanntmachung über die Schutzpocken-Erstimpfung besonders aufmerksam.

Aus Quedlinburg.

ar. **Ein hartes Urteil.** Vor dem Schnellrichter am Amtsgericht Quedlinburg hatte sich der Schäftemacher Werner Stein, der Kommunist ist, wegen Beamtennötigung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beamtenbeleidigung zu verantworten. Er hatte am 23. d. Mts., gegen 4.30 Uhr nachmittags, bei den Zusammenrottungen auf dem Markt der Aufforderung der Schutzpolizei, auseinander zu gehen, nicht Folge geleistet, sondern Widerstand geleistet und gerufen: „Haut die Blutbunde tot, nieder mit den Kapitalistenbunden, Hoch Rot Front!“ usw. Er wurde festgenommen und soll dabei den Beamten zugerufen haben: „Verfluchtes Saupack, ich mache euch kalt“. Er soll auch versucht haben, den Beamten mit der Faust ins Gesicht zu schlagen und forderte das Publikum zu seiner Befreiung auf. Er bestritt die ihm zur Last gelegten Taten und will keinen Widerstand geleistet haben. Er wurde zu 3 Monaten und 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Ob die Magdeburger Nazis, die mit dem Willen hierherkamen, Landfriedensbruch zu begehen und Unruhen anzustiften, auch so scharf angefaßt werden? Würde es nicht ebenso nötig sein, die laufenden Klagen gegen die Nazirowdies im Schnellverfahren zu erledigen?

Kreis Quedlinburg.

Gatersleben, 25. September. Die Auflösung der Separationsgemeinde hat der Gemeindevorsteher als Vorsteher der Separations-Interessenten beim Kulturamt in Magdeburg beantragt, um die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Interessenten auf die politische Gemeinde zu übertragen. Die einheimische Landwirtschaft hat zu diesem Antrage Stellung zu nehmen. Sie wird deshalb vom Gemeindevorsteher zu einer Besprechung am Sonnabend, den 27. d. Mts., 20 Uhr, im Weppnerschen Lokale eingeladen. — Eine Feuerwehrübung findet am Sonntag, 14 Uhr, statt. Alarm wird zu der Uebung nicht geblasen. Restlose Beteiligung aller Mitglieder an der Uebung ist Pflicht. Am 20 Uhr findet im Gasthof „Zur Stadt Wien“ ein Tanzvergnügen statt. — Eine Brennholzversteigerung findet am 2. Oktober, vormittags 9 Uhr, in Heteborn statt. Auf die im schwarzen Kasten vor dem Gemeindeamt ausgehängte Bekanntmachung wird hingewiesen. — Die An- und Abmeldungen von Acker zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft haben vom 26. September bis zum 3. Oktober in den Dienststunden im Gemeindeamt zu erfolgen. In Frage kommt der Wechsel am 1. Oktober 1929.

Vermischtes.

Drama der Erwerbslosigkeit. Ein erschütterndes Drama hat sich in Hamburg abgespielt. Der 47jährige Schiffsingenieur Otto Bade wohnte mit seiner Frau und seinen vier Kindern im Alter von 8 bis 17 Jahren zur Untermiete. Das Ehepaar schlief von den Kindern getrennt. Als am Dienstag früh die 17jährige Tochter ihre schulpflichtigen Geschwister bedient und zur Schule geschickt hatte, betrat sie, da sie sich bereits gewundert hatte, daß die Eltern noch nicht aufstanden, das elterliche Schlafzimmer. Zu ihrem Entsetzen sah sie Vater und Mutter tot im Bette liegen. Die Polizei stellte fest, daß Bade seine Frau durch einen Schläfenschuß getötet und sich dann selbst einen tödlichen Schuß beigebracht hatte. Bade hatte bereits am Montagabend im Kreise seiner Familie ein sehr bedrücktes Wesen gezeigt, weil ihm seine Stellung gekündigt worden war.

Opiumschmuggel aufgedeckt. Auf dem aus Konstantinopel in Marseille eingelaufenen italienischen Dampfer „Brasile“ wurden von den Zollbehörden 932 Kilogramm Opium entdeckt. Die Kisten, die das Rauschgift enthielten, trugen die Aufschrift: Teer. Der neue Fund scheint die in zollamtlichen Kreisen Frankreichs vorherrschende Annahme, daß sich die Zentrale der Rauschgifthändler in einem Hafen am Schwarzen Meer befindet, zu bestätigen.

1200 Seiten Sklarek-Anklage. Die Voruntersuchung in der Anklage gegen die Gebrüder Sklarek und deren Mitschuldige hat sich so lange hinausgeschoben, daß die Fertigstellung der Anklageschrift sich stark hinauszögert. Man ist jetzt bei der 800. Seite der Anklageschrift angelangt. Etwa 400 Seiten seien noch anzufertigen. Die Hauptverteidiger haben erklärt, sie brauchten eine Frist von mehreren Monaten, um die Akten zu studieren und Gegenerklärungen abzugeben. Mit Beginn des Sklarekprozesses dürfte daher vor Beginn des Frühjahrs 1931 nicht zu rechnen sein.

Mangelhafte Weichenstellapparate. Die bei der französischen Ostbahn in Betrieb genommenen elektrischen Weichenstellapparate haben sich vorläufig sehr schlecht bewährt. Sämtliche Züge haben seit gestern auf der Ostbahn Verspätungen von oft mehr als

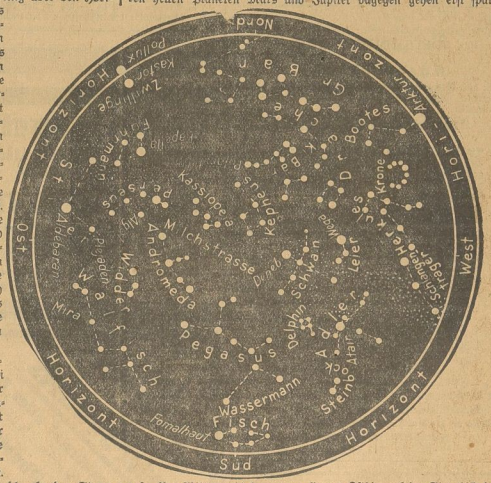
---

Der Sternhimmel im Oktober

Der Sonnenuntergang erfolgt am 1. Oktober um 5,30 Uhr, am 31. Oktober um 4,30 Uhr. Die anschließende Dämmerung läßt aber erst zwei Stunden später die schwächsten Sterne sichtbar werden. Wir erblicken Mitte des Monats um 9 Uhr abends im Süden einen hellen Stern, der sich nur wenig über den Horizont erhebt und deshalb ein stark flimmerndes Licht hat. Es ist der Stern erster Größe Fomalhaut im südlichen Fisch, der bei uns nur in den Herbstmonaten sichtbar ist. 25 Jahre ist das Licht unterwegs, das uns von diesem Stern kunde gibt, der zwölfmal heller ist als unsere Sonne. Oberhalb des Fisches steht das Tierkreisbild Wassermann, das aus zumeist schwachen Sternen zusammengesetzt ist. Wassermann und Fische erhielten ihre Namen im alten Babylon, wo die regenreichsten Monate auftraten, wenn die Sonne in diesen beiden Sternbildern stand. Auch die Namen der übrigen Tierkreisbilder geben uns interessante Aufschlüsse über ihre Entstehungsart und Entstehungszeit. Vor 2000 Jahren stand zum Beispiel die Sonne in der Waage zur Zeit der Herbst-Tag- und Nachtgleiche, wenn also Tag und Nacht von gleicher Länge waren. Die Sonne begann ihren Abstieg von ihrer sommerlichen Höhe, wenn sie im Sternbilde des Krebses stand. Der Vergleich der umkehrenden Sonne mit dem sich rückwärts bewegenden Krebs gab den alten Gelehrten, die alle Wissenschaften in sich vereinigten, Anlaß zu dieser Namensgebung.

An den Wassermann schließt sich in nordöstlicher Richtung der Pegasus an, dessen drei hellste Sterne zusammen mit einem Stern der Andromeda ein großes Viereck bilden. Das Sternbild der Andromeda selbst besteht aus 3 in leicht gekrümmter Linie stehenden Sternen. Ueber dem mittelsten von ihnen steht der berühmte Andromedanebel, der mit einem Opernglas als längliches Wölkchen zu erkennen ist. Wie wir wissen, ist es ein in ungeheurer Ferne schwebendes Sternsystem. Die Verlängerung der von den 3 hellen Andromeda-Sternen gebildeten Linie weist auf den Hauptstern des Perseus, der mitten in der Milchstraße steht. Der zweithellste Stern des Perseus Algol wird alle zwei Tage und 21 Stunden durch einen Begleitstern, der in dieser Zeit den Hauptstern umkreist, verfinstert. Im Oktober treten solche Verfinsterungen zum Beispiel am 8. um Mitternacht, am 31. um 10 Uhr abends ein. Unterhalb des Perseus finden wir den Stier mit dem rötlichen Stern Aldebaran und der schönen Sterngruppe der Plejaden, dem wohlbekannten Siebengestirn. Die Plejaden geben uns um diese Zeit genau die Ostrichtung an. Im Westen finden wir den Herkules, die Leier und die anderen Sommersternbilder im Untergange begriffen. Im Norden leuchten die 7 Sterne des Großen Bären.

Auf unserer Karte erscheint in diesem Monat kein Planet.



Die Venus ist zu der angegebenen Zeit bereits lange im Südwesten untergegangen. Sie ist nur eine halbe Stunde nach Sonnenuntergang sichtbar. Auch Saturn, der fast drei Stunden lang zu beobachten ist, geht bereits in den frühen Abendstunden unter. Die anderen hellen Planeten Mars und Jupiter dagegen gehen erst später auf. Um Mitternacht kann man sie am Osthimmel im Sternbild der Zwillinge beobachten und ihren Lauf bis zum Sonnenaufgang verfolgen.

Der Mond zeigt sich am 7. Oktober als Vollmond, am 15. Oktober im letzten Viertel, am 21. Oktober als Neumond und am 29. Oktober im ersten Viertel. Am 7. Oktober um 7,45 Uhr abends geht der Mond mit seinem Nordrand durch den Schatten der Erde. Gegen 8 Uhr abends, zur Zeit seines stärksten Eindringens in den Erdschatten, ist ein Dreißigstel seiner Scheibe verfinstert. Schon um 8,30 Uhr ist diese teilweise Mondfinsternis beendet. Bei dem geringen Grade der Verfinsterung wird man nur auf Grund der Voraussage auf diese Finsternis aufmerksam werden. Wir hoffen, daß durch diesen Hinweis dem Leser diese einzige in diesem Jahre bei uns sichtbare Verfinsterung nicht entgehen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300926-13/fragment/page=0007

Ball im Frankfurter Hof.

Ein originelles Ball-Lokal ist dieser „Frankfurter Hof", den ich da kürzlich jenseits des Alexanderplatzes in Berlin entdeckt habe. Der Eintritt kostet 50 Pfennig, und wohlhabend aussehende Besucher werden vom Kassierer noch mit der Bitte um eine Zigarette besteuert.

Unternehmend steige ich die morsche, alte Treppe hinauf. An der Eingangstüre hängt ein aus einem alten Schuhkarton gerissenes Stück Pappdeckel. Darauf steht zu lesen: „Die Damen werden gebeten, auch beim Tanzen ihre Handtaschen bei sich zu behalten."

Der Kellner bringt unverlangt ein Glas Bier und dringt auf sofortige Bezahlung. Er ist der einzige Kellner im ganzen „Ballsaal". Die Männer trinken alle Bier, die Mädels Bier oder Zitronenlimonade. In Pantoffeln schlurft der Kellner umher und hält jedes Glas Bier solange fest, bis es bezahlt ist.

Aber der Mann im Frack in der Mitte des Lokals hält hier die Eleganz hoch. Ich habe nie gewußt, wie komisch ein Frack wirken kann. Trotzdem es ein — ehemals anständiger Frack war. Maßarbeit sogar. Freilich für ganz andere Masse bestimmt als sie sein gegenwärtiger Träger hat, der sich „Rudi, der Götterjunge" nennt und aussieht wie ein Schlächter auf Sonntagsurlaub.

„Hau rinn, Justav!" brüllt er gerade, und die Kapelle, eine gräßlich falschspielende Blechmusik, intoniert einen neuen Tanz.

Dralle, blasse oder knallrotbäckige Mädchen in billigen Warenhauskleidchen, Wesen, denen die Armut schon früh jede Anmut aus dem Gesicht, aus dem ganzen Körper gestrichen hat und sie unausrottbar mit ihrem typischen Geruch durchtränkte, werden von ihren Kavalieren aufgefordert, jungen Arbeitern und Portokassenjünglingen, mit denen sich schon plaudern ließe, wenn ihnen nicht der überbetonte Stolz auf ihre ebenso groteske wie verkitschte Eleganz aus dem Gesichte sähe. Steif und eckig verbeugt man sich. Schweigend tanzt man die komischsten Figuren und Schnörkel, fern von jeder ästhetischen Linie.

„Nur Rundtänze gestattet", steht auf einigen Plakaten, die an der Wand hängen. „Modern Tanzen streng verboten." Diese Anschläge sind durchaus ernst gemeint. Rudi, der Götterjunge, sitzt plötzlich mit Donnergebrüll die Kapelle stoppen und geht, während alles stehen bleibt, auf ein Paar zu: „Det jeht aba nich, meine Herrschaften, det Sie hier modern tanzen. Det is strengstens jeboten. Ick beobachte Ihnen schon die janze Zeit, un wenn det nochma vorkommt, denn müssen Sie den Saal valassen."

Dann geht es weiter. Geht sogar zu Rudis vollster Zufriedenheit, denn als nach dem Tanz alles klatscht, ruft er großmütig zur Kapelle hinauf: „Na, schön, Herr Kapellmeister, denn noch ein Schwänzchen!"

Wenn man seine „Dame" — hier heißt sie offiziell „Mäuschen" — an ihren Tisch begleitet hat, dann gibt man sich noch die Hand. Und zwar ergreift die Dame mit der rechten Hand die linke des Partners. Wer dabei ein ebenso blödes Gesicht macht wie ich das erste Mal, dem merkt man sofort an, daß er hier fremd ist.

Auch „Abklatschen" gibt es hier noch. Abwechselnd für die Mäuschen und die Kavaliere, die dann zwischen den tanzenden Paaren einher rennen und sich Partner oder Partnerin nach Wunsch abklatschen.

Rheinländer — wer kennt diese Tänze überhaupt noch? — sind hier beliebt, besonders beim weiblichen Geschlecht, und werden viel und komisch getanzt.

Hauptattraktion jedoch ist der Mondscheinwalzer um Mitternacht. Um punkt 12 Uhr geht das Licht aus. Nur eine Lampe in der Ecke brennt von einem gelben Mondgesicht umhüllt. Früh schon hat man sich zum Mondscheinwalzer verabredet. Schneller denn sonst finden sich die Paare und beginnen zu tanzen. Eine volle Viertelstunde lang geht dieser Walzer. Aber kaum eins der Paare hält solange durch. Schon nach zwei, drei Minuten verkrümeln sich die Paare, ziehen sich in die Ecken, auf die Gänge und in die Höfe zurück. Ein Tuscheln setzt ein, ein Kichern, Gequietsch und Getrutsch.

Um zwölf Uhr fünfzehn gehen die Lichter wieder an. Langsam und ausgelassen kehren die Paare auf ihre Plätze zurück. Und jetzt geht der Betrieb erst richtig los.

Der Mondscheinwalzer ist der kritische Punkt des Abends. An ihm erweist es sich, wer zu wem gehört. Zum Mondscheinwalzer aufzufordern schließt Verpflichtungen in sich. Es ist auch der einzige Tanz, den die Mäuschen einem unliebsamen Bewerber ausschlagen dürfen.

Jetzt hat man sich endgültig gefunden. Wer um Mitternacht noch kein „festes" Mäuschen oder keinen „festen" Kavalier hat, der ist ein armes Luder und kann nach Hause gehen.

So bin dann auch ich fortgegangen. Zwanzig Minuten nach zwölf. Beim Weggehen sah ich, wie der Kassierer zwei Männer, die noch herein wollten, energisch abwies: „Nee, meine Herren, det jeht nu wirklich nicht. In der Woche schon. Aba Sonnabends, da — da kann ich Ihnen ohne Kragen nich rinlassen."

f Mario Mohr.

Arbeiter, Angestellte u. Beamte!

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die inserierenden Firmen unserer Zeitung!

Schlachthof-Freibank Sonnabend von 8 bis 10 Uhr
Rind- und Schweinefleisch. rob.

Kirchliche Nachrichten.

Am 15. Sonntag nach Trinitatis, den 28. September 1930, werden predigen:

Domkirche: 8 Uhr, Superintendent D. Brinckmann. 9.30 Uhr, Domprediger Lange, Dienstag, 20 Uhr, Bibelstunde im Saale des von Campen'schen Stifts. **Liebfrauenkirche (ref.):** 9.30 Uhr, Hofprediger David. Sonnabend, 20 Uhr, Wochenschlußgottesdienst, Pastor Schmidt. Freitag, 20.15 Uhr, Frauenstunde, Domplatz 32. **Martinikirche:** 9.30 Uhr, Pfarrer Knopf. Sonnabend, 20 Uhr, Wochenendgottesdienst, Oberpfarrer D. Horn. **Moritzkirche:** 8 Uhr, Pfarrer Gebauer. 9.30 Uhr, Pfarrer Friedendorff. **Johanniskirche:** 9.30 Uhr, Pfarrer Schulz. Sonnabend, 20 Uhr, Wochenschlußgottesdienst, Pfarrer Sänger. **Heiligegeistkirche:** 9.30 Uhr, Oberpfarrer Horn. **Siechenhofkirche:** 8.45 Uhr, Pfarrer Gebauer, Abendmahl. **Salvatorkrankenhaus:** 17 Uhr, Pfarrer Friedendorff.

In allen Kirchen und Lectisteistift, 11 Uhr, Kindergottesdienst.

Ev. Jungmännerverein: (Martiniplan 3) Montag, 20 Uhr.

Ev. Männerverein: (Breiteweg 3) Mittwoch, 20 Uhr.

Blaues Kreuz (Trinkerrettung): Domplatz 32. Mittwoch, 20.15 Uhr.

Landeskirchliche Gemeinschaft: Domplatz 32, Montag, 20.15 Uhr.

Jugendbund f. C. C.: Domplatz 32, Sonntag, 20.15 Uhr.

Mädchenheim Sophiistraße 5: Mittwoch, 20 Uhr, Nähabend. Sonntag, 20 Uhr, Jugendabend.

Missions-Nähverein: Donnerstag, 15.30 Uhr im oberen Konfirmandensaal des Domes.

Ev. Jungmädchenbund: (Lectisteistift) Dienstag, 20 Uhr.

Ev. Jungmädchenverein: (im oberen Konf.-Saal des Domes) Sonntag und Donnerstag, 20 Uhr.

Wegeeinziehung.

Aus Anlaß des Ausbaues der Vörhumerstraße soll der zwischen den Grundstücken Kbl. 2, Nr. 271 und Kbl. 2, Nr. 302 (Möhle) führende Weg Kbl. 2, Parzelle 787/274, eingezogen werden. Gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 wird dieses Vorhaben zur öffentlichen Kenntnis gebracht mit der Aufforderung, etwaige Einsprüche binnen vier Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses bei der unterzeichneten Behörde anzubringen.

Hornburg, den 22. September 1930.

Die Polizeiverwaltung.

Thale.

Bekanntmachung.

Tagesordnung

zu der auf **Montag, den 29. September 1930, 15 Uhr,** im großen Sitzungssaale des Kreiswohlfahrtsgebäudes anberaumten

Stadtverordneten-Sitzung.

1. Einführung und Verpflichtung des kaufm. Angestellten Oskar Peters als Stadtverordneter anstelle des ausgeschiedenen Reichsbahnassistenten Lerch.
2. Abnahme der Jahresrechnungen der Stadthauptkasse für die Rechnungsjahre 1927 und 1928.
3. Wahl von 4 Mitgliedern für das städtische Jugendamt (1 Lehrer, 1 Lehrerin und zwei Personen, die in der Jugendwohlfahrt erfahren sind und sich bewährt haben.)
4. Beschlußfassung über Erwerb der Mitgliedschaft der Gruppe „Ostharz" im Harzer Verkehrsverband und Bewilligung eines Beitrages.
5. a) Aufhebung des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung vom 30. April 1930 betr. Einführung der Lohnsummensteuer.
   b) Nochmalige Beschlußfassung über Feststellung des Haushaltsplanes für 1930 und über Deckung des vorhandenen Fehlbetrages unter Berücksichtigung der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930.
6. Mitteilungen.

6. Nichtöffentliche Sitzung.

Thale a. H., den 25. September 1930.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

gez. Wegener.

Unentbehrlich für jeden Haushalt

Niemand kann ohne Zeitung sein.
Niemand kann dem Weltgeschehen gegenüber teilnahmslos bleiben.
Niemand kann auf den Nachweis guter Geschäfte verzichten.
Lesen Sie das „Halberstädter Tageblatt" es bietet Ihnen Stoff in Fülle.

Oschersleben.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 26 der Satzung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen erfolgt die Aufbringung der Beiträge zu dieser Genossenschaft als Zuschläge zur Grundsteuer.

Es sind also von allen **land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken,** welche von einem im hiesigen Kreise belegenen Betriebssitze aus bewirtschaftet werden, Genossenschaftsbeiträge nach dem Maßstabe der Grundsteuer zu zahlen. Nicht zu den im hiesigen Kreise zu erhebenden Genossenschaftsbeiträgen heranzuziehen sind nur diejenigen Ländereien, welche, obwohl sie im hiesigen Kreise liegen, von einem außerhalb desselben belegenen Betriebe (wohnhaften Betriebsunternehmer) bewirtschaftet werden; denn diese Ländereien werden zu den Genossenschaftsbeiträgen in den Nachbarkreisen herangezogen.

Umgekehrt werden dagegen für Ländereien, welche in den Nachbarkreisen liegen, aber von einem im hiesigen Kreise wohnhaften Betriebsunternehmer bewirtschaftet werden, die Genossenschaftsbeiträge im hiesigen Kreise erhoben.

Da auf Grund des § 26, Absatz 6, der Satzung, im hiesigen Kreise die Genossenschaftsbeiträge von den **Grundstückseigentümern** erhoben werden, sind diese in die Verzeichnisse der landwirtschaftlichen Betriebe eingetragen worden. Die Grundstückseigentümer, welche ihre Grundstücke nicht selbst bewirtschaften, sondern verpachtet haben, sind trotzdem zur Beitragszahlung verpflichtet, sind aber nach § 1060, Abs. 2, der Reichsversicherungsordnung berechtigt, sich die Genossenschaftsbeiträge von den Pächtern erstatten zu lassen und zwar auch dann, wenn in den Pachtverträgen über die Zahlung dieser Beiträge nichts bestimmt worden ist.

Die Grundstückseigentümer werden darauf aufmerksam gemacht, daß Grundstückswechsel durch Kauf, Verkauf, Tausch, Erbschaft pp. oder sonstige Betriebsänderungen, die für die Umlegung der Genossenschaftsbeiträge oder für die Zugehörigkeit zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft von Bedeutung sind, **binnen 2 Wochen nach Eintritt der Änderung dem Sektions-Vorstande (Kreisausschuß) hierselbst schriftlich anzuzeigen sind.** Die Grundstückseigentümer können sich hierbei der Vermittelung der Vertrauensmänner bedienen. Auch die Ortsbehörden, bei denen sich die Betriebsunternehmerverzeichnisse zur Zeit befinden, nehmen derartige Anzeigen zur Weitergabe an uns entgegen.

Diejenigen Unternehmer, deren Betrieb sich auf mehrere Gemarkungen (Fluren) erstreckt, können die Vereinigung ihres Besitzes in dem Unternehmerverzeichnisse ihrer Wohn-(Betriebs-)sitz-Gemeinde beantragen.

Anträge dieser Art sind uns bis **einschl. 1. November 1930 direkt einzureichen** und müssen folgende Angaben enthalten:

a) Zu- und Vornamen, sowie Stand- und Wohnort (Betriebssitz) des Unternehmers,
b) Größe — nach ha — der in der Wohn-(Betriebs-)sitzgemeinde bewirtschafteten Ländereien und Nr. des Unternehmerverzeichnisses, unter welcher der Betrieb in dem Verzeichnis der Wohnsitzgemeinde eingetragen ist,
c) Größe — nach ha — und Grundsteuer der außerhalb der Betriebs-(Wohnsitz-)gemarkung (Flur) belegenen Ländereien, getrennt nach Gemeinden, unter Angabe der Nummer des betreffenden Unternehmerverzeichnisses, und
d) Ort, Datum und Unterschrift des Antragstellers.

Antragsformulare sind von uns gegen Einsendung von 5 Rpf. Porto erhältlich.

Unvollständige oder nach dem 1. November 1930 eingehende Anträge können bei der Beitragsveranlagung für 1931 nicht mehr berücksichtigt werden.

Oschersleben (Bode), den 19. September 1930.

Der Kreisausschuß.
Sektionsvorstand
der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft
für die Provinz Sachsen.

Oeffentliche Erstimpfung.

Die letzte diesjährige Schutzpocken-Erstimpfung findet am

Montag, den 29. September 1930, nachmittags 5.20 Uhr,

in der Schule in der Breitestraße statt,

die Nachschau am

Montag, den 6. Oktober 1930, nachmittags 5.20 Uhr,

ebendaselbst.

Zu diesem Termin sind vorzuführen, diejenigen Kinder, welche

a) im Jahre 1929 oder früher geboren sind, und bis jetzt noch nicht mit Erfolg geimpft,
b) zwar geimpft, aber bis jetzt nicht zur Nachschau erschienen,
c) auf Grund ärztlichen Zeugnisses oder Anordnung zurückgestellt oder
d) hier zugezogen und noch nicht mit Erfolg geimpft sind.

Die Impflinge sind ohne besondere Aufforderung zum genannten Termine vorzuführen. Der Aufruf der Kinder erfolgt in der Reihenfolge der Anfangsbuchstaben der Familiennamen.

Kinder aus Häusern, in welchen ansteckende Krankheiten, wie Croup, Masern, Scharlach, Keuchhusten, Diphtherie, rosenartige Entzündungen pp. herrschen, dürfen zum Termin **nicht** vorgeführt werden.

Die Eltern impfpflichtiger Kinder werden bestraft, falls sie ihre Kinder zu dem angesetzten Termin ohne gesetzlichen Grund nicht vorführen. Können Kinder krankheitshalber nicht zu dem angesetzten Termine gebracht werden, so ist hiervon unter Vorlage **eines ärztlichen Zeugnisses sofort oder spätestens gelegentlich des Impftermins** Anzeige zu erstatten.

Zur Vornahme der Impfungen sind auch approbierte Ärzte befugt.

Oschersleben (Bode), den 25. September 1930.

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Nach § 49 der Satzung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft der Provinz Sachsen vom 14. September 1912, in der Fassung des 2. Nachtrages vom 16. Dezember 1921, sind die hauptsächlich in ihrer Land- und Forstwirtschaft beschäftigten landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer und mit ihnen zugleich deren Ehefrau, gegen Unfälle im eigenen land- oder forstwirtschaftlichen Betriebe versichert. Die Versicherung erstreckt sich auf die hauswirtschaftliche Tätigkeit, die mit der Land- oder Forstwirtschaft zusammenhängt.

Die Entschädigung der Unternehmer und ihrer Ehegatten für Unfallfolgen richtet sich nach dem festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter oder Arbeiterinnen (§§ 936, 938 der Reichsversicherungsordnung.)

Die Unternehmer sind berechtigt, für sich und ihre Ehegatten eine Zusatzversicherung (erhöhte Rentenversicherung) abzuschließen.

Gemäß § 551 a der R. V. O. erstreckt sich die Versicherung auf den Jahresarbeitsverdienst bis zu einem Höchstbetrage von 8400.— RM. In diesem Falle ist vom Unternehmer für jeden Berechtigten ein Zuschlag zu den Beiträgen nach § 54 Abs. 2 a. a. O. zu entrichten.

Unternehmer, welche von der Berechtigung des § 54 der Satzung Gebrauch machen wollen, haben dieses bei dem unterzeichneten Sektionsvorstande, unter Angabe des der Berechnung der Entschädigung für jeden Berechtigten zugrunde zu legenden Einkommens und unter Benutzung des von uns erhältlichen Vordruckes, schriftlich zu beantragen.

Die Berechtigung tritt ein mit dem Tage, welcher auf den Tag des Eingangs des Antrages beim Sektions-Vorstande folgt, in Kraft. Sie erlischt mit dem Ableben des Berechtigten oder mit dem Fortfall der Voraussetzungen, welche die Berechtigung begründeten, sowie bei Fortbestehen der letzteren, durch eine beim Sektions-Vorstande einzureichende schriftliche Abmeldung. Diese Abmeldung kann nur zum Ablauf eines Kalenderjahres erfolgen und muß spätestens einen Monat vor diesem Zeitpunkte beim Sektions-Vorstande eingereicht werden.

Oschersleben (Bode), den 23. September 1930.

Der Kreisausschuß.
Sektions-Vorstand
der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen.

Wernigerode

Ortsausschuß der Gewerkschaften

Montag, den 29. September, abends 8 Uhr
im **Gewerkschaftshaus**

Sitzung

Die Tagesordnung ist außerordentlich wichtig und wird in der Sitzung bekannt gegeben. Besonders die Vorsitzenden der Gewerkschaften müssen neben den Delegierten bestimmt erscheinen.

Heute Freitag 8 Uhr: Vorstandssitzung.

Der Vorstand.

Zur Lieferung des Winterbedarfs an Heizmaterial aller Art
empfiehlt sich bei promptester Bedienung
August Oberländer
Kl. Ziegeleistraße 11
Telephon Nr. 865

Verkaufe prima Rindfleisch
à Pfd. 0.80 und 1.00 Mk.
A. Oehlmann,
Neuer Markt 8.

Wasch- und Reinigungsmittel
jeder Art,
liefert frei Haus
August Ruhtopf,
Mönchstieg 18.

Erstes und größtes
Ton- und Sprech-Film-Theater
Schloß - Lichtspiele
Freitag bis Montag
der erfolgreichste Spielplan.
Nur eine Stimme des Entzückens und der Freude herrscht über die kostbare
Ufa - Ton - Film - Operette
LILIAN HARVEY
WILLY FRITSCH
Liebeswalzer
Dazu ein Ufa-Kultur-Ton-Film
Raritätenladen
Im Beiprogramm:
Ein Filmgenuß von seltener Reinheit, der schönste Tierfilm, der je gezeigt wurde
Tiere sehen Dich an!
Von Paul Eipper,
Verfasser des vielgelesenen Buches:
Tiere sehen Dich an!
Außerdem die inhaltsreiche
Deulig-Woche!
Beginn:
Wochentags ab 6½ Uhr!
Sonntags ab 4½ Uhr!
Täglich letzte Vorstellung 8½ Uhr abends.

Die Dachdeckerarbeiten und Anlieferung von Bauhölzern, Fußböden, Schalungen pp. für ein Wirtschaftsgebäude in den Schierwieleen sollen vergeben werden.

Schriftliche Angebote sind bis **Mittwoch, den 1. Oktober 1930** im Gemeindeverwaltungsgebäude, Zimmer Nr. 4, einzureichen. Angebotsformulare sind daselbst erhältlich.

Ilsenburg-Harz, den 24. September 1930.

Der kommissarische Gemeindevorsteher.
Theofel.

CAPITOL
Modernste und neuzeitlichste Tonfilmbühne am Platze
Der Sohn der weißen Berge
Der gewaltige Hochgebirgs-
Sprech- und Tonfilm
mit
Luis Trenker, Renate Müller
Leo Peukert, Marie Solveg
wird bis
Montag verlängert
Beginn: Werktags 6.15 und 8.30 Uhr.
Sonntags 4.00, 6.15 und 8.30 Uhr

Freibank
Sonnabend 9 Uhr
Fleisch-Verkauf

Bauschule Blankenburg (Harz)
von C. Rohde, zwei Semester
Programm frei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300926-13/fragment/page=0008

2. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 226 — Freitag, den 26. September 1930 — 5. Jahrgang

Gericht im Dunkel.

Berufungsprozeß Frenzel — unter Ausschluß der Presse!

Am Donnerstag vormittag begann vor dem Landgericht Potsdam die Berufungsverhandlung im Prozeß gegen den Amtsvorsteher von Bornim, Arthur Frenzel, der vor Monaten wegen Blutschande, begangen an seinen noch minderjährigen Töchtern Hildegard und Gertrud, zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Der Prozeß hatte gewaltiges Aufsehen erregt. Die Meinungen waren sehr geteilt und viele Prozeßteilnehmer glaubten, daß hier auf Grund der Aussagen eines sehr labilen und ausgesprochenen krankhaften Mädchens, der Gertrud, ein Urteil gefällt worden war, das einer gründlichen Nachprüfung nicht standhalten konnte. Frenzel selbst, der bei Verkündung des Urteils zusammenbrach, hatte stets in größter Erregung seine Unschuld beteuert und immer wieder behauptet, daß er den Machenschaften der Pfarrersfamilie Schenk zum Opfer gefallen sei. Der zweite Prozeß in Sachen Frenzel, zu dem 113 Zeugen und sechs Sachverständige geladen sind, wird leider unter völligem Ausschluß der Oeffentlichkeit, auch der Presse, stattfinden. Dieser, auch juristisch gänzlich unverständliche Beschluß des Potsdamer Schwurgerichts unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hellwig, ist aufs tiefste zu beklagen. Hellwig verkündete über ihn mit einer geradezu sensationellen Erklärung, die allgemeines Kopfschütteln hervorrief.

Wo bleibt da die Sittlichkeit?!

Als die Verhandlung am frühen Vormittag eröffnet wird, sind die Pressesitze dicht besetzt, der Zuschauerraum ist jedoch nur halb gefüllt. Die Potsdamer ahnten schon, daß ihnen im Gerichtssaal keine Sensationen beschieden sein sollte. Kurz vor Erscheinen des Gerichts betritt Frenzel mit seinen beiden Verteidigern, Rechtsanwalt Blumenhain-Potsdam und Dr. Brandt-Berlin, den Sitzungssaal. Frenzel, der sich zur Zeit in Freiheit befindet, sieht noch immer sehr blaß und angegriffen aus. Stirn- und Mundpartie sind von tiefen Falten durchwühlt, die Hände trommeln nervös auf die Barriere, während hinter den großen Brillengläsern die Augen fast blicklos im Saal umherwandern. Dann erscheint das Gericht, geleitet von Landgerichtsdirektor Hellwig, einem sehr intelligent agierenden Vorsitzenden, der es versteht, seine Autorität schnell zur Geltung zu bringen. Die ersten Stunden der Verhandlung füllt die Verlesung des erstinstanzlichen Urteils aus, das sehr ungeschminkt und unter Behandlung aller Intimitäten auf den Fall Frenzel eingeht. Hierbei denkt merkwürdigerweise niemand daran, die Oeffentlichkeit auszuschließen. Dann steht der Staatsanwalt Stargardt auf und erklärt, daß man die Oeffentlichkeit ausschließen müsse. Rechtsanwalt Brandt bittet, doch wenigstens der Presse die Möglichkeit einer sachlichen Berichterstattung zu geben.

Gericht über die Presse.

Nun kommt es zu einer seltsamen Szene. Es wird sozusagen improvisiertes Gericht über die Presse abgehalten. Nach Verlesung einer Anzahl Briefe, so vom „Reichsverband evangelischer Eltern", der „Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundung" und der „Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte", in denen der Vorsitzende ersucht wird, für eine zurückhaltende Berichterstattung Sorge zu tragen, marschieren die Sachverständigen auf, um sich über Vorteil und Nachteil der Presseberichterstattung in diesem Prozeß auszusprechen. Die Sachverständigen stellen größtenteils fest, daß sie in die Presse das unbedingte Vertrauen einer sachlichen, zurückhaltenden Berichterstattung setzen. Natürlich bestände die Möglichkeit, daß Jugendliche durch Berichte über diesen Prozeß in besondere Erregungszustände geraten würden. Der Sachverständige Dr. Plaut möchte sich übrigens nicht näher äußern, da „ihn die Presse während der ersten Verhandlung so ungemein scharf angegriffen habe. Dr. Placzek, seines Zeichens Nervenarzt, hat angeblich beobachtet, daß sich Jugendliche vor die Zeitungskioske gestellt und gierig die Berichte über den ersten Frenzelprozeß heruntergeschlungen haben. Schließlich wird auch noch Landgerichtsdirektor Warmuth, der den Vorsitz im ersten Prozeß führte, vernommen, Herr Warmuth ist ein älterer Herr, der anscheinend an höchst schlechtem Gedächtnis leidet. Er hat völlig vergessen, daß er sich einmal während der Verhandlung des ersten Prozesses ungemein lobend über die diskrete Art der Prozeßberichterstattung ausgesprochen hat und deutet nun auf einmal an, daß ihm die Sache gar nicht gefallen habe.

Von links nach rechts: Hildegard Frenzel, Frau Frenzel, Amtsvorsteher Frenzel (X).

Frenzels Protest.

Als sich das Gericht nun zur Beratung zurückziehen will, springt der Angeklagte Frenzel in höchster Erregung auf und schreit in den Saal: „Ich bitte herzlichst darum, die Presse zuzulassen. Nichts, aber auch gar nichts habe ich zu scheuen. Die Oeffentlichkeit kann und muß alles hören. (Zornig mit der Faust auf den Tisch schlagend). Ich habe alles verloren und kämpfe um meinen guten Namen! Darum habe ich das größte Interesse daran, daß die Presse der Verhandlung beiwohnt."

Die „öffentliche Ordnung" von Potsdam.

Gegen ½2 Uhr erscheint das Gericht wieder und verkündet durch seinen Vorsitzenden folgenden Beschluß: „Die Oeffentlichkeit wird während der ganzen Dauer der Verhandlung wegen „Gefährdung der Sittlichkeit" und der „öffentlichen Ordnung" ausgeschlossen. Von dem Ausschluß wird auch die Presse betroffen." (Große Bewegung). Landgerichtsdirektor Hellwig fortfahrend: „Ehe die Herren den Saal verlassen, möchte ich, da ich weiß, daß dieser Gerichtsbeschluß schwersten Angriffen ausgesetzt sein wird, eine längere Erklärung abgeben. Ich möchte nicht, daß sich diese Angriffe gegen Phantome richten. Die Erklärung habe ich schon gestern abend schriftlich niedergelegt (!!) und werde sie zu den Akten geben." Rechtsanwalt Brandt: „Diese Ausarbeitung ist also schon vor Zusammentritt des Gerichts gemacht worden?" — „Ja, vorher." Der Vorsitzende verliest dann die Erklärung, in der es u. a. heißt, daß die Anwesenheit von Pressevertretern bei unsicheren Zeugen die Wahrheitsfindung erschweren würde. „Auch beim besten Willen" müsse die Berichterstattung in diesem Prozeß die Sittlichkeit gefährden. „Es ist paradox", so heißt es in der Erklärung, „wenn man die zwei Dutzend Zuhörer ausschließt und die Presse dafür, die zu Millionen von Menschen spricht. Das Interesse des Angeklagten hat dabei zurückzutreten." Rechtsanwalt Brandt springt erregt auf und spricht sein größtes Befremden darüber aus, daß der Vorsitzende das Argument von „der Gefährdung der öffentlichen Ordnung" erst jetzt zur Sprache gebracht hat. Dies Vorgehen könne man nicht als loyal bezeichnen. Im übrigen behält sich der Rechtsanwalt vor, aus dem wohl einzigartigen Vorgehen des Gerichts die Konsequenzen zu ziehen und eventuell die ganze Berufungsverhandlung anzufechten. Unter lebhafter Bewegung verlassen daraufhin Presse und Zuhörer den Sitzungssaal.

Der Hamburger Verbandstag

Die Nahrungsmittelarbeiter für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Hamburg, 25. September.

Im weiteren Verlauf des Verbandstages der Nahrungsmittel- u. Getränkearbeiter wurde über das Thema Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien und Konditoreien verhandelt. Das einleitende Referat hatte das Vorstandsmitglied Scharf-Berlin übernommen. Er führte dabei u. a. folgendes aus:

„Der Ansturm gegen das Nachtbackverbot nimmt immer schärfere Formen an. Besonders rührig sind die süddeutschen Bäckerinnungen, die dem Zentralverband Deutscher Bäckerinnungen „Germania" mit Austritt aus dem Verbande drohten, wenn er den Wünschen der süddeutschen Bäckerinnungen nicht nachkommt. Das Angebot des „Germania"-Vorstandes an die Großbetriebe, eine Stunde Vorarbeit zuzubilligen, hat selbst im Arbeitgeberlager einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Wiederholte Versuche, die Vorarbeiten durchzudrücken, scheiterten, die Freunde der Erhaltung des gegenwärtigen Gesetzes blieben immer in der Mehrheit. Es ist der groteske Zustand eingetreten, daß von den Innungen, die im „Germania"-Verband vereinigt sind, in 3 verschiedenen Eingaben an den Reichstag eine Aenderung bzw. Beibehaltung des jetzigen Schutzgesetzes gefordert wird. Selbst der Reichsmüllerverband wurde von den Bäckerinnungen veranlaßt, für einen früheren Arbeitsbeginn einzutreten, da dadurch der Mehlkonsum gehoben werden könnte. Dabei hat die veränderte Lebenshaltung den Rückgang des Brotkonsums verursacht. Die Brotfabrikanten sind von ihrer Forderung des Dreischichtenbetriebes abgekommen. Sie fordern jetzt ebenfalls die Gestattung der Vorarbeiten, trotzdem sie in ihrer Presse nachweisen, daß bei Hefe-Vollgärung ein besseres Brot hergestellt werden kann. Redner forderte, daß die Gerichte eine schärfere Bestrafung der Gesetzesübertreter vornehmen. Die heutigen Strafen stellen nur eine Belohnung für Gesetzesverächter dar. Die Konditorenmeister führen einen unermüdlichen Kampf um die Einführung der Sonntagsarbeit. Ihr Begehren wird unterstützt durch den Entwurf zu einem Arbeitsschutzgesetz, der dem letzten Reichstag vorgelegen und worin für die Bäckereien und Konditoreien eine zweistündige Sonntagsarbeit vorgesehen ist. Protestiert werden muß gegen das Verlangen des Deutschen Konditorenbundes, daß das Preu-

40 Jahre Volksbühne.

Drei Anläße, jeder für sich und alle untereinander gleich bedeutungsvoll, haben dieser Tage die deutsche Oeffentlichkeit, mit der Volksbühne beschäftigt: Die Berliner Volksbühne konnte die Feier ihres 40jährigen, der Verband der deutschen Volksbühnenvereine die seines 10jährigen Wirkens begehen; und gleichzeitig damit ist die Volksbühnen-Internationale in Berlin gegründet worden.

Kein Mensch konnte damals, in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts voraussahnen, daß die von Dr. Bruno Wille begründete Freie Volksbühne Berlin der Mutterboden sein würde nicht nur für die imponierende Einrichtung der heutigen Berliner Volksbühne, sondern einer machtvollen deutschen Volksbühnenbewegung und darüber hinaus einer Bewegung, die, im Jahre 1930, auf mehr als ein Dutzend europäischer und außereuropäischer Länder übergegriffen hatte. Die Freie Volksbühne Berlin hat sich bei ihrer Gründung im Jahre 1890 ein ungeschriebenes Gesetz geschaffen, das heute noch über jeglicher Volksbühnenarbeit steht: Volk und Kunst zu vereinen. Das Schicksal der Volksbühne ist in diesen vier Jahrzehnten seit ihrer Gründung im Böhmischen Brauhaus zu Berlin farbig und wechselvoll gewesen wie selten eines. Es bedurfte der restlosen Hingabe vieler Mitarbeiter, eines unbeschreibbaren Idealismus und Opfermuts der Führer, bis das Schiff durch alle Fährnisse geleitet werden konnte. Da sich die Volksbühne in erster Linie an das schaffende Volk wandte, da sie Asyl und Burg eines freiheitlichen geistigen Schaffens von allem Anfang war, geriet sie in eine fast ununterbrochene Kette von Differenzen mit den Machthabern des alten Staates, insbesondere mit den polizeilichen Zensurbehörden. Manches nachher berühmte Werk — von Hauptmann, Ibsen, Hartleben usw. — konnte nur in halber Illegalität geschlossener Vereinsvorstellungen über die Bretter gehen. Die Kampfjahre der Berliner Volksbühne bilden ein hochbedeutsames und interessantes Kapitel deutschen Geisteslebens in den Vorkriegsjahrzehnten. Die Volksbühne blieb siegreich. Kurz nach Kriegsausbruch konnte in Berlin das prachtvolle Theater am Bülowplatz, die „Volksbühne", erbaut mit Groschen aus Arbeiterhänden, in den Dienst der großen Idee gestellt werden. Und inzwischen sind allein auf dem Weg über die Berliner Volksbühne viele Millionen Plätze an die arbeitende Bevölkerung der Reichshauptstadt abgegeben worden. Die Forderung: Die Kunst dem Volke! ist im Grundsatz verwirklicht.

Unmittelbar nach Kriegsende begann dann, nachdem andere, frühere Versuche dieser Art ohne wesentlichen Erfolg geblieben waren, das Uebergreifen der Volksbühnenbewegung auf das ganze Reich. Nach dem Vorbild der Berliner Volksbühne entstanden in Dutzenden, in Hunderten von Orten ähnliche Einrichtungen. Sie sind zusammengefaßt in dem im Jahre 1920 gegründeten Verband der deutschen Volksbühnenvereine, der sich die tatkräftige und planmäßige Förderung des Volksbühnengedankens zur Aufgabe gesetzt hat. Das Ergebnis am 10. Geburtstag des Verbandes, der mit dem 40. Jahrestag der Gründung der Berliner Volksbühne zusammen gefeiert wurde, stellt sich dar in einer Erfassung von 306 Städten Deutschlands für den Volksbühnengedanken. 500 000 Menschen besuchen heute in Deutschland auf dem Wege über die Volksbühne das Theater. Sie besetzen jährlich rund 5 Millionen Theaterplätze, und dem deutschen Theater werden auf diese Weise sieben bis acht Millionen Mark jährlich aus Volkskreisen zugeführt, die in der Hauptsache lediglich durch die Arbeit der Volksbühne den Zutritt zum Theater gefunden haben. Der Volksbühnenverband verfügt heute über einen imponierenden Apparat. Die Wanderbühnen des Verbandes erreichen regelmäßig mehr als 150 theaterlose Städte mit künstlerisch hochwertigen Schauspielvorstellungen. Der Verband ist Mitträger von mehr als einem Dutzend gemeinnütziger stehender und wandernder Bühnen. Er arbeitet durch seine Organe in der Zentrale und in den Zweigstellen der Preußischen Landesbühne mit; er widmet sich besonders stark der Volksmusikpflege, dem Film, der Jugend und diesen anderen, kulturell wichtigen Aufgaben. Die Bewegung verfügt über eine Presse mit weit über 100 periodisch erscheinenden Schriften. Ein eigener Verlag, dem ein Bühnenvertrieb angegliedert ist, unterhält eine geistige Rüstkammer der ganzen Bewegung. Und schließlich hat der Verband zahlreiche Volksbühnenansätze ins Ausland gebracht, planmäßig gepflegt und damit den eigentlichen Grund gelegt zu einer Volksbühnenbewegung aller Kulturstaaten.

In den Tagen vom 19. zum 21. September versammelten sich in Berlin rund 300 Gäste aus dem Reich und aus einigen europäischen Staaten zusammen mit den Vertretern zahlreicher Reichs- und Länderbehörden, mit den Abgesandten der Parlamente, vieler Kommunalverwaltungen, Theater, Organisationen, mit den Vertretern der maßgebenden Presse und den Mitarbeitern der Berliner Volksbühne. Den Auftakt der Veranstaltungen bildete eine familiäre Zusammenkunft der Funktionäre der Berliner Volksbühne im Böhmischen Brauhaus, der Stätte, wo 40 Jahre zuvor Bruno Wille den Grundstein der Bewegung gelegt hatte. Die Veranstaltung sah einige Mitarbeiter aus den Anfängen in ihren Reihen, darunter in erster Linie Curt Baake, einen der Mitbegründer der Berliner Volksbühne — heute ihr erster Vorsitzender und gleichzeitig Vorsitzender des Volksbühnenverbandes.

In einer überfüllten Versammlung im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses am 19. September legten Curt Baake, Prof. Leo Kestenberg und Albert Brodbeck die Grundzüge der Volksbühnenarbeit und den Stand des Erreichten vor der Oeffentlichkeit dar. Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete die Mitteilung von der am selben Tage gegründeten Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Volksbühnen. Zwei Mitglieder des Präsidiums, Vertreter der belgischen und der norwegischen Sektion, Dolf Roels (Antwerpen) und Haakon Mayer (Oslo) übermittelten die Grüße der ausländischen Freunde und wiesen auf die wegweisende Kraft der deutschen Bewegung hin.

Am Vormittag des 20. September nahmen die Gäste im Foyer der Volksbühne einen interessanten Vortrag von Dr. Nestriepke über die Berliner Theaterverhältnisse und bedeutsame Aeußerungen über dasselbe Thema aus dem Munde des künstlerischen Leiters der Berliner Volksbühne, Karl Heinz Martin, entgegen. Den Versammelten konnten zahlreiche Glückwunschtelegramme bekanntgegeben werden: Von Volksbühnenvereinen, Behörden, Theaterleitern, Schriftstellern, deutschen und ausländischen Organisationen, darunter solchen aus Schweden, Lettland, England, Amerika, aus Frankreich, der Schweiz, Oesterreich und aus der Tschechoslowakei. Besonders herzliche Schreiben hatten die Franzosen Firmin Gemier, Romain Rolland und Paul Raynal sowie der Vorsitzende der neugegründeten Londoner Volksbühne gesandt.

Die eigentliche Krönung der Veranstaltungen war die glanzvolle, aufwühlende „Weber"-Vorstellung am Abend desselben Tages im Theater am Bülowplatz unter Karl Heinz Martins Leitung. Den Darstellern, dem Regisseur und Gerhart Hauptmann selbst, der der Vorstellung beiwohnte, wurden von dem überfüllten Hause stürmische Ovationen dargebracht. Besser und sinnvoller als mit den „Webern", die 38 Jahre zuvor durch die Volksbühne auf die Bretter gekommen waren, konnte der Tag nicht begangen werden.

Den Abschluß der Veranstaltungen bildete eine machtvolle Kundgebung in der Volksbühne am Sonntagvormittag. Eine knappe musikalische Umrahmung durch das Orchester der Berliner Funkstunde: hier vollendete, prägnante Reden: Der preußische Kultusminister Grimme mit ungemein klugen, frischen und mutigen Worten über Persönlichkeit, Staat und Kunst; Gerhart Hauptmann sodann, der die letzte Ausmündung der Volksbühnenidee im kategorischen Imperativ der Humanität sieht; und schließlich zwei alte, erprobte Vorkämpfer der Volksbühne: Julius Bab und Prof. August Ziegler, von denen jener das Theater als sozialen Akt, dieser die Volksbühne als die ecclesia der Kunst feiert. Vier prachtvolle, beglückende Ansprachen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300926-13/fragment/page=0009

hische Justizministerium alle Strafverfolgungen wegen Verletzung der Arbeitszeitvorschriften in den Konditoreien einstellen soll."

Nach einer eingehenden Aussprache erklärte sich der Verbandstag in der hierzu angenommenen Entschließung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden.

Das Referat des Sekretärs der Internationalen Union der Arbeiter der Lebens- und Genußmittelindustrien, Dr. W. Spühler, Zürich, nahm der Verbandstag mit großem Interesse entgegen.

In der Entschließung über die internationale Verflechtung der Lebensmittelindustrien heißt es u. a.: Zu den hervorragendsten Merkmalen des modernen Kapitalismus gehört die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft. Trotz hemmungslosen Aufbaues von Zollmauern setzen sich neue Formen internationaler Bindungen durch. Die internationalen Zusammenschlüsse des Kapitals in Form von internationalen Kartellen, Konzernen und Trusts drücken in steigendem Maße dem Wirtschaftsbild der Gegenwart den Stempel auf.

Der Verbandstag stellt fest, daß diese Entwicklung sich nicht zuletzt in hohem Maße auch in den Lebens- und Genußmittelindustrien vollzieht. Sie schließen sich zu mächtigen nationalen und internationalen Kartellen und Trusts zusammen, die die Produktion regeln, die Produktionsbedingungen einheitlich festsetzen und den Absatz vielfach durch die Kontrolle über ein ausgedehntes Netz von Groß- und Kleinverkaufsstellen sicherstellen.

Der Verbandstag beauftragt den Vorstand der Internationalen Union der Organisationen der Arbeiter der Lebens- und Genußmittelindustrien dahin zu wirken, daß für das Gebiet der Lebens- und Genußmittelindustrien eine ständige Kontrolle der internationalen Kartelle und Trusts, aufgebaut auf nationalen Kontrollämtern, geschaffen wird. Er fordert ein internationales Wirtschaftsamt, das dem Völkerbund angegliedert wird, in dem die Arbeiterschaft gleichberechtigt mitwirkt; desgleichen die Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Wirtschaftsführung.

Gewerkschaftliches.

Die Transportarbeiter-Internationale.

Der Londoner Kongreß der Internationalen Transportarbeiterföderation tagt im großen Saal der Caxton-Halle, die in roten Farben und mit Bannern der Transportarbeiterinternationale geschmückt ist. In friedlicher Arbeit vereinigten sich die Vertreter von 35 Nationen. Neben den Vertretern Englands sitzen die Deutschlands, Japans, Frankreichs, Indiens, Oesterreichs, Schwedens und woher sie alle mit dem gleichen Willen zur Tat und mit gleichen Gefühlen kamen. Den Gruß der Transportarbeiterinternationale entbietet Citrine. In seiner Eröffnungsansprache weist der Kongreßvorsitzende Cramp darauf hin, daß trotz der Weltwirtschaftskrise die Gesamtzahl der im Internationalen Transportarbeiterverband organisierten Mitglieder ständig wächst. Am 1. Januar 1928 waren 2 024 697 Männer und Frauen in der Internationale zusammengeschlossen. Am 1. Januar 1930 stellten 35 Länder und 93 Einzelverbände 2 275 336 Mitglieder. In der Zwischenzeit hat sich die Ziffer noch beträchtlich erhöht. In 1000 Kameraden, organisierte Seeleute, Hafenarbeiter, Eisenbahner, Kraftfahrer, Maschinisten usw. gehören den farbigen Rassen an.

Wie sehr die Internationale über das Stadium reiner Propaganda- und Organisationsarbeit hinaus gewachsen ist, bewiesen bereits die Eröffnungs- und Begrüßungsreden. Den Anfang machte Scheffel-Berlin, der dem Internationalen Büro den Dank der deutschen Kollegen aussprach. Das Motiv aller Reden war der Wille, praktische Arbeit zu leisten und die Internationale Transportarbeiterföderation zu einer schlagkräftigen Waffe im Befreiungskampf der Arbeiterklasse auszubauen. Die Londoner Tagung bringt deshalb auch keine Paradesitzungen, sondern Besprechungen und mühevolle Arbeit in einzelnen Kommissionen. Die Delegierten sind in das Labyrinth von Sälen der Caxton-Halle verteilt. In dem einen Saal tagen die Eisenbahner, dort die Dockarbeiter, hier die Heizer und dort wiederum die Seeleute, wo anders die Kraftfahrer und wie die übrigen Sektionen alle heißen mögen. Erst am Donnerstag wird eine Vollsitzung die Kommissionsarbeiten überprüfen und darüber beschließen.

Die deutschen Gewerkschaften sind durch Scheffel u. Jochade von den Eisenbahnern, durch Döhring und Schumann vom Gesamtverband und Gröger und Balleng von den deutschen Maschinisten und Heizern vertreten.

*

Dem Londoner Kongreß der Transportarbeiterinternationale ging eine Tagung des Allgemeinen Rats der Internationale in Rotterdam voraus, die im Gebäude des niederländischen Transportarbeiterverbandes stattfand. Der Vorsitzende der Internationale Cramp teilte dem Berichterstatter des „Soz. Pressedienst" vor seiner Abreise nach London über das Ergebnis der Tagung mit, daß man u. a. den Plan erwäge, in einem der Länder des Fernen Ostens ein Untersekretariat der Internationale zu errichten. Die Internationale habe dort festen Fuß gefaßt. Der Ort des Untersekretariats stehe noch nicht fest. Die englische Delegation befürworte als Sitz Britisch-Indien.

Wirtschaft und Handel.

Die Schweineflut.

Nach Zusammenstellungen des Statistischen Reichsamts wurde bei der Schweinezählung am 1. September 1930 ein Gesamtbestand von 23,4 Millionen Schweine im Deutschen Reich ermittelt. Diese Zahl bedeutet den bisher höchsten Schweinebestand der Nachkriegszeit. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres (September 1929) ergibt sich eine Vermehrung des deutschen Schweinebestands um rund 3,8 Millionen Stück = 19,4 Prozent. Die Zunahme erstreckt sich auf sämtliche Altersklassen. Verhältnismäßig am stärksten hat die Zahl der Ferkel zugenommen, nämlich um 1,15 Millionen Stück = 21,3 Prozent. Die Zahl der 8 Wochen bis ein halbes Jahr alten Jungschweine hat sich um rund 1,5 Millionen Tiere = 18,3 Prozent und die Zahl der über ein halbes Jahr alten Schweine um rund 1,15 Millionen Tiere = 19,4 Prozent erhöht. Der Bestand an Zuchtsauen ist von 1,86 Millionen Stück auf insgesamt 2,28 Millionen Tiere oder um 22,5 Prozent gestiegen, die Zahl der trächtigen Tiere hat sich um 1,1 auf 1,3 Millionen Stück, d. h. um 202 000 Stück = 18,4 Prozent vergrößert.

Im Vergleich der Septemberzählung 1930 mit der Junizählung 1930 ergibt sich eine Vergrößerung des Gesamtbestandes an Zuchtsauen um rund 48 000 Stück = 2,1 Prozent; dagegen ist innerhalb dieses Zeitraums die Zahl der trächtigen Tiere um 186 000 Stück = 12,5 Prozent zurückgegangen.

Marktberichte.

Amtliche Eiernotierungen vom 25. September. Preise in Pfennigen je Stück im Großhandel: Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 gr 15, Kl. A 60 gr 14½, Kl. B 53 gr 13¼, Kl. C 48 gr 12½; frische Eier Kl. B 13; ausfortierte kleine und Schmutzeier 10. Ausländische Eier: Dänen, 1der 14½, 1der 14, 15½—16er 13½; Schweden, 18er 17¼, 17er 14¼, 15½—16er 13¾; Esländer, 17er 13½, 15½ bis 16er 13—13¼; Rumänen 11½—12; Ungarn 11½—12; Jugoslawien 11½—12; Polen, größere 12½, normale 10½—11, kleine, Mittel- und Schmutzeier 9—9½. Witterung: schön. Tendenz: fest.

Amtliche Kartoffelnotierungen. Erzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weiße 1,20—1,30, Rote 1,40—1,50, Odenwälder Blaue 1,20—1,30, andere gelbfleischige Kartoffeln 1,60—1,70 Mark. In Berlin sehr geringe Nachfrage. Fabrikkartoffeln 9 Pfennig auf Grund der Stützungsaktion für Kartoffelflocken, im übrigen 5—6 Pfennig je Stärkeprozent.

Berliner Milchpreis. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin: für A-Milch für die Zeit vom 26. September bis 1. Oktober 18 Pfennig, für B-Milch 10 Pfennig, für C-Milch 12 Pfennig. Die A-Milchmenge ist für die Zeit vom 26. September bis 1. Oktober auf 100 Prozent des A-Milchkontingentes der einzelnen Lieferstellen festgesetzt. Zurzeit beträgt der Zuschlag für a) tiefgekühlte Milch 0,50 Pfennig je Liter, b) molkereimäßig bearbeitete Milch 1,75 Pfennig je Liter.

Butternarkt. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 25. September: 1. Sorte 134 Mark, 2. Sorte 122 Mark, 3. Sorte 106 Mark je Zentner. Tendenz: sehr ruhig.

Berliner Getreidebörse vom 25. September.

	24. September	25. September
	ab märkische Station in Mark	
Weizen	232.— bis 233.—	228.— bis 230.—
Roggen	158.— bis 162.—	158.— bis 162.—
Braugerste	202.— bis 222.—	202.— bis 222.—
Futter- u. Industrie-Gerste	178.— bis 190.—	176.— bis 188.—
Hafer	152.— bis 162.—	150.— bis 160.—
Weizenmehl	27.25 bis 35.50	27.00 bis 35.25
Roggenmehl	23.25 bis 26.75	22.90 bis 26.50
Weizenkleie	8.50 bis 8.75	8.00 bis 8.50
Roggenkleie	8.00 bis 8.25	7.75 bis 8.00

Veranstaltungen.

Dahlienschau im Stadtpark. Am Sonntag, den 28. September, veranstaltet die Firma Pape u. Bergmann G. m. b. H. in Quedlinburg im hiesigen Stadtpark eine Dahlien-Sonderschau. Die Firma, die sich in den Kreisen der Fachleute und Blumenliebhaber eines guten Rufes erfreut und in der Dahlienzucht führend ist, hat es sich zur Aufgabe gestellt, weitesten Kreisen der Bevölkerung die Spitzenleistungen der Dahlienzucht vorzuführen. Dem Gartenfreunde, dem es oft schwer fällt, das Geernete aus der Fülle des nach tausenden von Sorten zählenden Sortiments herauszusuchen, ist somit Gelegenheit geboten, seine Auswahl gleich an Ort und Stelle zu treffen. Auch der Blumenfreund, der kein Gärtchen sein eigen nennt, verlebt ein paar frohe Stunden inmitten schöner Pflanzenschätze. —

Sport.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Verein Halberstadt. Im Winterhalbjahr finden die Uebungsstunden in folgender Weise statt: Dienstag und Donnerstag von 19.30 Uhr bis 20 Uhr 4er-Jugendmannschaft; 20 Uhr bis 20.30 Uhr 8er Farbenreigen, 20.30 bis 21 Uhr Damenmannschaft, 21 Uhr bis 21.30 Uhr Schulreigenmannschaft, 21.30 Uhr bis 22 Uhr 6er-Kunstreigen, 22 Uhr bis 22.30 Uhr Einradmannschaft. Sonntag von 9—11 Uhr die Knaben und von 11—12 Uhr die Mädchen. — Morgen Sonnabend findet eine Ausfahrt zum Hirschdebrüllen statt. Die Radfahrer fahren zum Treckfal, die Motorradfahrer nach Wendefurth. Abfahrt 20.15 Uhr vom Holzmarkt. Lampen und Decken sind mitzubringen. Rege Beteiligung wird erwartet.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold"

Halberstadt. Da in letzter Zeit sehr viele Anfragen nach dem Zeitpunkt unseres diesjährigen Herbstveranstaltens an uns gerichtet sind, geben wir nochmals bekannt, daß dasselbe am Sonnabend, den 18. Oktober, in sämtlichen Räumen des „Elysiums" stattfindet. Alle Kameraden, Freunde und Gönner sind hierzu herzlich eingeladen.

Thale a. H. Auf die am Sonnabend, den 27. September, beim Kam. H. Welsch stattfindende Mitgliederversammlung sei ganz besonders hingewiesen und gleichzeitig mitgeteilt, daß Kam. Jäger vom Gauvorstand einen Lichtbildervortrag hält und zwar über die Provinzialanstalten. Im Anschluß findet ein gemütliches Beisammensein statt. Der Vorstand erwartet, daß alle Kameraden mit ihren Damen zu dieser Versammlung erscheinen.

Jugendbewegung

Freie Gewerkschaftsjugend

Z. d. A. Die Biederitz-Fahrer treffen sich am Sonnabend um 14 Uhr oder 19.15 Uhr am Hauptbahnhof. Notizblock und Bleistift sind mitzubringen.

Britischer Song auf Hitler.

Der englische Kriegshetzer Lord Rothermere feiert den deutschen Nazi-Häuptling.

In der Mittwoch-Ausgabe der Londoner „Daily Mail" des englischen Kriegshetzers Rothermere ist ein Artikel über Hitlers Wahlsieg erschienen, der am gleichen Tag in vollem Wortlaut auch im „Völkischen Beobachter" Hitlers abgedruckt wurde. Aus einleitenden Sätzen des Hauptschriftleiters des völkischen Blattes geht ferner klar hervor, daß die gleichzeitige Veröffentlichung des Artikels in der „Daily News" und im „Völkischen Beobachter" verabredet war. Damit finden die Beziehungen zwischen dem Deutschenhasser Rothermere und Herrn Hitler ihre öffentliche Bestätigung. Es ist sogar, wie uns zuverlässig versichert wird, anzunehmen, daß Rothermere den Artikel mit Hitler vor seiner Veröffentlichung irgendwo in Bayern durchgesprochen und bestimmte Stellen selbst formuliert hat.

Nach Rothermere, der in höchsteigener Person in München war, sind die Nazis nicht nur die Wiedererwecker und Erneuerer Deutschlands, sondern ganz Europas, und an Hitlers Wesen wird jetzt die Welt genesen. Ein neues Kapitel in der Geschichte Europas prophezeit der englische Pressemagnat, ein Meilenstein in der Entwicklung Europas sei gesetzt, in München, der Geburtsstadt des Nationalsozialismus. Er allein sei imstande, Europa vor dem drohenden Durchbruch des Bolschewismus zu retten, gegen den es gelte alle Kräfte mobil zu machen. Dies müsse auch Frankreich anerkennen, und es habe allen Anlaß Hitler dankbar zu sein. Denn nichts könnte Westeuropa und der menschlichen Zivilisation dienlicher werden, als eine deutsche Regierung nach Mussolinis Rezept. Polen solle sich jetzt mit Deutschland verständigen und sich von einer Hitlerregierung die Grenze gegen Rußland sichern lassen. Ungarn müsse sich der deutsch-polnischen Union anschließen und ähnliches erwartet der Presselord von der Tschechoslowakei, wenn sie nicht eines Tages überrannt werden wolle. Durch eine solche Föderation in Mitteleuropa unter Führung von Hitler könne allein der Wall gegen den Bolschewismus errichtet werden. Englands Pflicht sei es, sich sofort mit Hitler zu verständigen und dem neuen Deutschland die früheren deutschen Kolonien mit Ausnahme von Deutsch-Südwestafrika zurückzugeben.

Der Versailler Vertrag dürfe allerdings unter keinen Umständen zerrissen werden und Elsaß-Lothringen gehöre Frankreich zu Recht und müsse ihm bleiben.

Wie es mit den Reparationszahlungen ist, mit der Bewaffnung der Hitler-Großmacht, darüber schweigt der edle Lord. Für England hat er in seinem Hitler-Song nur den einen frommen Wunsch, es möge sich recht bald der gleichen völkischen Bewegung erfreuen wie Deutschland. Selbstverständlich wäre dann Rothermere, der englische Hitler. Denn der Führer der deutschen Nazis hat es ihnen diesmal angetan. Voriges Jahr war es Horthy, noch früher Mussolini.

Während des Krieges war die Northcliff- jetzt Rothermere-Presse von einer noch gefährlicheren Krankheit und Geistesverfassung heimgesucht. Damals schnitten im „Daily Mail" deutschen Soldaten den belgischen und französischen Frauen die Brüste ab und aus den Leibern der gefallenen englischen und französischen Soldaten fabrizierte die deutsche Industrie Knochenmehl und kochten die deutschen Fabriken Leim. Lord Northcliff starb geistesumnachtet. Der Bruder und Nachfolger heißt Rothermere. Von ihm sagte der konservative Parteiführer Baldwin auf der berühmten konservativen Parteikonferenz, **Rothermere sei einer jener Verderber und Vergifter der öffentlichen Meinung**, einer jener, der mit schmutzigen Fingern und mit Erpressermethoden an die Macht gelangen wollten. Sie sind vom gleichen Kaliber, die Diktaturanbeter und Nationalisten diesseits und jenseits des Kanals und es ist Herrn Hitler zu seinem neuen Freunde zu gratulieren. Einen schlimmeren Dienst hätte ihm in England nicht geleistet werden können als „die Anbetung durch Rothermere", wie der Londoner „Star" am Mittwoch treffend sagt.

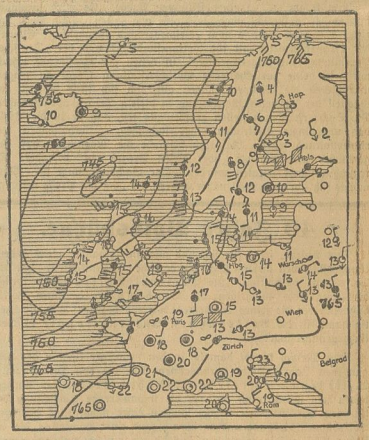
Aus der Partei.

Liesbeth Kirschmanns Beisetzung.

Köln, 25. September. (Eig. Drahtb.). Am Donnerstag nachmittag wurde die verstorbene preußische Landtagsabgeordnete Elisabeth Kirschmann-Röhl beerdigt. Eine nach Tausenden zählende Menge gab der Verstorbenen das letzte Geleit. Am Grabe sprachen Vertreter der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und der Arbeiterwohlfahrt. Besonders hervorgehoben wurden ihre Verdienste um den Immenhof in der Lüneburger Heide. Für die Preußische Landtagsfraktion sprach Abg. Heilmann-Berlin der Verstorbenen tiefempfundenen Dank aus.

Reichstagsabgeordneter Hermann Müller-Franken bittet uns um Verbreitung folgender Erklärung: „In einem im „Sächsischen Volksblatt" vom 23. September 1930 veröffentlichten Artikel behauptet der Gen. Hans Marchwald-Frankfurt a. M., daß ich in der Zeit meiner Kanzlerschaft erklärt hätte, die Sozialdemokratie würde 50 Mandate verlieren, wenn der Reichstag aufgelöst würde. Ich habe eine solche Behauptung niemals aufgestellt."

Amtliche Wetternachrichten.



ERKLÄRUNG: ○ wolkenlos, ◐ heiter, ◑ halbbedeckt, ● wolkig, ● bedeckt, • Regen, * Schnee, ∞ Dunst, ≡ Nebel, △ Gewitter, △ Graupeln, ▲ Hagel, ⊙ Tau, ⊙ Reif, ⊙ Glatteis, ⊙ Schneeschauer, ⊙ Regenschauer, ⊙ Frost, ⊙ Gewitter, ⊙ Sturm, ⊙ stürmisch, ⊙ voller Sturm. Die Pfeile fliegen mit dem Winde. Die eingezeichneten Linien (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck. Die neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Wetterdienststelle Magdeburg.

Voraussichtliche Witterung bis Sonnabend, abend:

Vom nördlichen Eismeer her dringt mit großer Gewalt ein Strom frischer Polarluft zwischen Island und Skandinavien nach Süden. Im Zusammenwirken mit wärmeren Luftmassen erzeugt er ein Tiefdruckzentrum, das sich in der Nähe des Skagerraks aufhält, ostwärts weiterzieht und auf seiner Rückseite die polaren Luftmassen weit nach Süden gegen Mitteleuropa vorschieben wird. Es ist daher mit einem kräftigen Temperaturrückgang zu rechnen, wobei das Wetter unruhig und unbeständig wird und wiederholt Niederschläge in Schauern bringt.

Aussichten: Auf Nordwest drehende und zeitweise stark böige Winde, sehr unbeständig, Niederschläge in Schauern, kühler.

Geschäftliches.

Trinkt Kornfrank. Kornfrank besteht in der Hauptsache aus Roggen und deshalb hat das aus ihm bereitete Getränk einen so würzkräftigen und feinherben Geschmack. Kornfrank ist außerdem sehr billig, aus ½ Pfund macht man auf einfache Weise 100 Tassen. Kornfrank ist gesund wie das tägliche Brot.

Interessante Frauenvorträge mit Ausstellung und Vorführung des Thalysia-Systems am lebenden Modell finden Montag, den 29. September, und Dienstag, den 30. September d. Js., im Stadtpark (Kl. Saal) bei freiem Eintritt um ¼4 und ½8 Uhr statt. In anderen Städten hat diese Veranstaltung begeisterte Aufnahme und reichen Beifall gefunden. Besonders leidenden Damen aber auch gesunden, die mit ihrer Figur nicht zufrieden sind, ist der Besuch sehr zu empfehlen. In unserer leichtlebigen Zeit sind ernste Worte und Unterweisungen oft vonnöten. Näheres im heutigen Anzeigenteil.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300926-13/fragment/page=0010

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 226 — Freitag, den 26. September 1930 — 5. Jahrgang

Klub der Harmlosen.

Die Leipziger Richter glauben Hitler. — Der Vertreter des Reiches verläßt den Gerichtssaal.

Leipzig, 25. September. (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag nachmittag um ½6 Uhr beschwörte Hitler im Leipziger Verschwörerprozeß die Legalität seiner politischen Absichten. Im nächsten Augenblick verließ der Vertreter des Reichsinnenministeriums den Saal. Der Vertreter der deutschen Republik glaubt nicht an Herrn Hitler. Der Vertreter der deutschen Republik fühlt sich vom obersten deutschen Gericht brüskiert.

*

Nur gelegentlich ist am Donnerstag von den Angeklagten und ihrer Tat die Rede. Nur gelegentlich wird unmittelbar zum Beweisthema des Prozesses gesprochen:

wer hat die Reisen der Angeklagten finanziert,

in welchem Zusammenhang standen diese Reisen mit den Ergebnissen der Münchener Besprechung, was ist in München eigentlich gesagt worden? Die Angeklagten behaupten, die Reisen von ihrem eigenen Geld bezahlt zu haben; aber was sich in München tatsächlich abgespielt hat, das wird aus ihren Aussagen nicht ganz klar. In einem unbedachten Moment behauptet Ludien, daß der Schriftleiter Weiß vom „Völkischen Beobachter" ihn mit den Worten verabschiedet habe:

„Dann sehen sie mal zu, was sie in der Reichswehr machen können";

diese Behauptung deckt sich auch mit den in der Voruntersuchung gemachten Angaben, durch die die Absicht, in der Reichswehr für die Nationalsozialisten zu werben, zugegeben worden ist. Wie Ludien merkt, was er mit dieser Bestätigung der Voruntersuchungsaussage angerichtet hat, widerruft er schnell alles, behauptet sich in der Voruntersuchung falsch und heute ungenau ausgedrückt zu haben. Ludiens Verteidiger, Rechtsanwalt Sack, versucht den schlechten Eindruck des merkwürdigen Zwischenspiels zu vermischen, indem er noch einmal die nationalsozialistischen Zeugen Weiß, Wagner und Pfeffer aufrufen und aussagen läßt — die Herren wollen nichts gesagt haben, es scheint so, daß sie Ludien, was sie höhere Politik nennen, fallen lassen wollen. Und Ludien sieht jetzt wohl ein, daß er allein auf weiter Flur steht, wenn er ganz ehrlich ist. Betrübt setzt er sich auf seinen Platz zurück.

Der Sensationszeuge.

Wen könnte über Herrn Hitler, den Sensationszeugen des Tages, ein medizinisches Gutachten interessieren? Wie dieser Mann, der die Verworrenheit zum Symbol seiner Bewegung und die Plattheit zum Prinzip seiner Reden erhoben hat, so viel Popularität, ja sogar Verehrung genießen kann, erscheint umso seltsamer, je öfter man ihn hört. Mit seiner Leipziger Rede hat Hitler nachweislich

seine gesamte Vergangenheit verleugnet und abgeschworen.

Keine Revolution mehr? Kein gewaltsamer Umsturz mehr? Kein Putsch? Kein Marsch nach Berlin? Wie enttäuscht müssen die Anhänger des großen Adolf sein, deren ständiges Gebet im Wesen lautet: unser täglich Brot gib uns heute!

Angenehm sticht gegen das Pathos Hitlers, gegen dessen Theatralik der Vorsitzende wiederholt rügend einschreitet, die Sachlichkeit des von der Oberreichsanwaltschaft als Gegenzeugen geladenen Staatssekretärs Zweigert vom Reichsinnenministerium ab. Staatssekretär Zweigert soll darüber vernommen werden, wie weit Tatsachenmaterial vorhanden ist, das die umstürzlerischen Absichten der Nationalsozialisten beweist.

Staatssekretär Zweigert

führt aus: „Das Reichsministerium des Innern ist im Besitz von umfangreichem Material, aus dem sich nach seiner Ansicht ergibt, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

schon seit Jahren umstürzlerische Ziele verfolgt.

Das Material ist niedergelegt in einer Denkschrift des Reichsministeriums des Innern, die eine Uebersicht über die Entwicklung der Partei und eine Zusammenstellung von Aeußerungen ihrer Führer enthält. Die Denkschrift ist von dem Reichsminister des Inneren dem Oberreichsanwalt zu der beim Reichsgericht schwebenden Untersuchungssache gegen Dr. Goebbels eingereicht. Das Material ist ferner vorgebracht in dem Rechtsstreit, der zwischen dem Reich und Thüringen vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich anhängig ist. Wenn der hohe Senat eine Feststellung, ob die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei umstürzlerische Ziele verfolgt, im Rahmen des jetzigen Verfahrens für geboten erachtet, dann muß ich anheimstellen, das von mir bezeichnete Material heranzuziehen und zum Gegenstand der Verhandlung zu machen.

Das Reichsministerium des Innern hat Material dafür, daß der Führer der NSDAP., Adolf Hitler, vor dem sogenannten Hitler-Putsch gegenüber zuständigen bayerischen Stellen Loyalitätserklärungen in seinem Sinne abgab, daß er keinen Putsch machen werde; er hat dies auch ehrenwörtlich versprochen. Trotzdem hat Hitler am 9. November 1923 den bekannten Putsch in München ins Werk gesetzt, weswegen er vom Volksgericht in München zu fünf Jahren Festung verurteilt worden ist. Das Material hierüber steht zur Verfügung."

Der Vorsitzende hält Zweigert vor, daß Hitler gesagt habe, dieser Putsch wäre gegen seine Absicht gewesen. Wenn in gewissen Schriften von einer Revolution gesprochen worden wäre, dann wäre, nach den Aussagen Hitlers, immer nur von einer geistigen Revolution die Rede gewesen. Hitler habe erklärt, sagt der Vorsitzende weiter, daß er eine illegale Betätigung zur Erreichung seiner Ziele verpöne.

Staatssekretär Dr. Zweigert verwahrt sich dagegen, daß zum Beweise der Unrichtigkeit der Behauptung des Reichsministeriums des Innern die Aussage des Führers der Bewegung allein genüge. Allerdings hätten prominente Führer der NSDAP. wiederholt die Erklärung abgegeben, daß ihnen Gewalt fern läge. Trotzdem müsse aber das Reichsministerium des Innern an der Auffassung festhalten, daß das Gesamtbild der nationalsozialistischen Betätigung zu dem Schluß nötige, daß die NSDAP. nicht nur auf legalem Wege auf eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse hinarbeite. Uebrigens enthalte die erwähnte Denkschrift auch nur Material aus den letzten drei Jahren.

Nach Ausführungen des Vorsitzenden, der gern zum eigentlichen Beweisthema der Schuld oder Unschuld der angeklagten Leutnants zurückkehren möchte, und nach weiteren Erklärungen des Oberreichsanwalts, der eine Fortsetzung der Aussagen des Vertreters des Reichsinnenministeriums für nötig hält,

erhebt sich Rechtsanwalt Frank.

Zweifellos ist es Rechtsanwalt Frank, im Gegensatz zu seinem Mitverteidiger Rechtsanwalt Sack, in diesem Prozeß viel mehr um die Politik und um die Rechtfertigung Hitlers zu tun, als um seinen Mandanten. Pathetisch ruft Frank in den Saal: Wir verlangen Tatsachen und Tatzeugen, Herr Staatssekretär, zum Nachweis unserer illegalen Absichten! Was wir hören sollen, sind ja die Aeußerungen von bezahlten Vertretern eines abtserbenden Systems. (Lachen im Zuschauerraum; Rechtsanwalt Frank wird wegen seiner Ausdrucksweise vom Vorsitzenden gerügt). Wir halten die Methoden des Reichsinnenministeriums für unhaltbar! Sie haben kein Material, um die Aussagen des Zeugen Hitlers zu erschüttern! Sie haben kein Material gegen uns!"

Staatssekretär Zweigert: „Unsere Denkschrift ist eine Sammlung von Material, das uns von amtlichen Stellen zugeleitet worden ist. Welche Folgerungen daraus zu ziehen sind, hat das Gericht zu entscheiden."

Rechtsanwalt Frank: „Ich bestreite grundsätzlich die [illegible] keit des Materials des Reichsinnenministeriums und insbe[illegible] die Richtigkeit der materiellen Schlußfolgerungen."

Es wird dann in die Mittagspause eingetreten. Um v[illegible] nachmittags werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung beantragt der Oberreichsanwalt, die Zeugen

Hitler, Pfeffer, Wagner und Weiß nicht zu vereidigen

bzw. ihre Vereidigung bis nach Schluß der Beweisaufnahme auszusetzen. Der Oberreichsanwalt hält den Verdacht für begründet, daß die Angeklagten nach ihrer Münchener Besprechung doch hätten der Meinung sein können, daß die führenden Leute der NSDAP. Umsturzversuche in der Reichswehr unterstützen würden. Außerdem befände sich eine Anzeige gegen Hitler wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens im Stadium der Erhebung. Der Oberreichsanwalt betonte, daß er keine Veranlassung sehe, Herrn Hitler Gelegenheit zu geben, einen Reinigungseid zu leisten. Einen bereits in der Vormittagssitzung eingebrachten Antrag des Verteidigers Rechtsanwalt Frank auf Ladung von Goebbels und Goering beantragt der Oberreichsanwalt als unerheblich abzulehnen.

Rechtsanwalt Sack besteht auf der Vereidigung der nationalsozialistischen Zeugen Hitler, Pfeffer, Weiß und Wagner. Zu der Hochverratsanzeige, die gegen Hitler schwebe, habe man bis jetzt die subjektive Meinung des Herrn Zweigert gehört. Aber nur Kraft eigenen Urteils könne der hohe Senat die Frage beantworten, ob der Zeuge Hitler zu vereidigen wäre oder nicht.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Kanecke schließt sich diesen Ausführungen an. Kanecke behauptet, daß die Aussagen der Zeugen Weiß, Wagner und Pfeffer über den Verlauf der Münchener Unterredung nicht in Widerspruch stünden mit den Aussagen der Angeklagten Scheringer und Ludien. Die Angeklagten hätten allenfalls zugegeben, daß sie ihre Kameraden für die Idee des Nationalsozialismus interessieren wollten, hätten aber keinesfalls zugegeben, und es wäre bis jetzt auch nicht bewiesen, daß sie nationalsozialistische Zersetzungsarbeit in der Reichswehr hätten betreiben wollen. Das Ermittlungsverfahren gegen Hitler schwebe im übrigen bereits seit März 1929. Es könne also nicht sehr viel an ihm dran sein.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Frank verlangt gleichfalls die Vereidigung der Zeugen. Der Verdacht der Teilnahme an einem Umsturzunternehmen könne gegen sie nicht geltend gemacht werden. Würde die Vereidigung

auf Grund der vagen Behauptungen einer Reichsbehörde hin (!)

abgelehnt werden, so wäre das ein Schimpf für die Zeugen, der [illegible] müsse. Würde der hohe Senat [illegible] bestehen, so müßte die Ver[illegible]ials des Reichsinnenministers [illegible]eit dieses Materials bestehen. [illegible]erteidigung in der Lage sein, [illegible]ung über die Vereidigung der

Richterw[illegible]nf.

Walter Schücking zum d[illegible]wählt.

Prof. Dr. Walter Schücking-Kiel.

Genf, 25. September. (Eig. Drahtb.) Rat und Vollversammlung des Völkerbundes nahmen am Donnerstag die bedeutungsvolle Wahl der Richter zum Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag vor. Zum ersten Male seit dem Bestehen des Völkerbundes wurden sämtliche Richter zu gleicher Zeit auf 9 Jahre gewählt. Unter größter Spannung wurde verkündet, daß gleich im ersten Wahlgange 14 der aufgestellten Kandidaten die absolute Mehrheit erhalten hatten. Von 52 abgegebenen Stimmen erhielten: Adatschi-Japan 49, Altamira y Crevea-Spanien 38, Anzilotti-Italien 40, Bustamente y Sirven-Kuba 31, van Eysinga-Holland 38, Fromageot-Frankreich 40, [illegible]rst-England 40, Kellogg-USA [illegible]acquemyns-Belgien 38, Rost[illegible] Deutschland 34, Wang-[illegible]

[illegible]e die Vollversammlung noch [illegible] Urrutia-Kolumbien die [illegible]ginn der Nachmittagssitzung [illegible]m Rat stattgefundenen Wahl [illegible]e ersten 14 in der Vollver[illegible] Rate ebenfalls die erforder[illegible]e der Rat als 15. Richter [illegible] Der Präsident der Voll[illegible]vom Rat und der Vollver[illegible]ständigen Richtern.

[illegible]agte dann kein Kandidat die [illegible]chsten Hammerstjöld-[illegible]triumphierte. Der Rat hatte [illegible]o begannen beide Körperschaften die Wahl von neuem. Der nächste Wahlgang brachte die Entscheidung, Vollversammlung und Rat gaben Urrutia die absolute Mehrheit. Damit erhalten die lateinamerikanischen Staaten wieder drei Sitze im Gerichtshof, während die skandinavische Gruppe, die bisher durch Hammerskjöld-Norwegen vertreten war, leer ausgegangen ist.

Bei der Wahl der vier Ersatzrichter erhielt im ersten Wahlgang der Vollversammlung nur Redlich-Oesterreich die absolute Mehrheit. Bei der zweiten Abstimmung wurden Erich-Finnland und Novakovitsch-Jugoslavien gewählt. Der dritte Gang war ergebnislos, im vierten wurde Menezes-Brasilien gewählt. Der Rat hatte Erich, Redlich und Novakovitsch ebenfalls bestimmt, die sofort zu Ersatzrichtern erklärt wurden. Beim vierten Wahlgang erhielt Matte-Portugal die Mehrheit in der Versammlung, während der Rat Menezes-Brasilien gewählt hatte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919300926-13/fragment/page=0011